”HÖR MIR AUF MIT MIETE“

DIE STADT GEHÖRT ALLEN

ALHAMBRA

ZEITUNG UND PROGRAMM
MAI/JUNI 2013

alhambra
– grundsätzliches –

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
– unterstützerinnen –

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
11. Juni 2013

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

antirassismus
Das Gutscheinsystem ist abgeschafft!!! 9
Das Wertmarken-/Gutscheinsystem – bundesweit und Niedersachsen 10

recht auf stadt
Aufrufen autonomer 1. Mai in Oldenburg „Hör mir auf mit Miete" 14
„Ein Zimmer für 363€, kannste kriegen!" Interview mit der ALSO 16
Wagenburg im Stau – Verdrängung – und wie gehts weiter? 20

antirassismus
Ein bisschen Hunger, dann gehen die schon – Die Entwicklung der bundesdeutschen Asylpolitik 22

antifaschismus
Der NSU und das antifaschistische Schweigen 26

indernationalismus
Venezuela nach Chávez 32

Ankündigungen 35

Editorial

„Hör mir auf mit Miete“ ist nicht nur das Motto der diesjährigen autonomen 1. Mai-Demo in Oldenburg, auch ein Interview mit der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) beschäftigt sich mit dem Themenkomplex Miete. Die ALSO berichtet dort über die Situation auf dem Oldenburger Wohnungsmarkt aus dem Blickwinkel ihrer Erfahrungen in Beratungen von Menschen, die auf Hartz IV oder Sozialhilfe angewiesen sind. Dabei wird eine zeitliche Entwicklung dargestellt und die Rolle des Job-Centers beleuchtet.

In der Nachricht, die uns die Interviewer_innen haben zukommen lassen, schreiben sie: „Nachdem wir uns dazu entschieden hatten, inhaltlich etwas zu Wohnraum in Oldenburg machen zu wollen und uns auf die Suche nach Infos machten, stellten wir fest: es gibt fast nix. Es stellte sich als unglaublich schwierig heraus, an belastbare Zahlen oder überhaupt an irgend etwas zu kommen, dass uns weitergebracht hätte. Dann halt selber machen, dachten wir uns, und haben als ersten Schritt ein Interview mit der ALSO gemacht. Das kann aber nur eins von vielen Teilchen sein, wenn wir das Puzzle zur Situation von Wohnen, Mieten, etc. zusammensetzen wollen. Wir würden uns freuen, wenn Leute unsere Idee aufgreifen und selbst ein Teilchen dazu beitragen würden.“ Diesem Statement können wir uns nur anschließen - und freuen uns schon jetzt über viele Diskussionsbeiträge, Recherchen, etc. in den nächsten Ausgaben.

Wie notwendig die Auseinandersetzung mit steigenden Mieten, Aufwertung und Zwangsräumungen ist hat

sich auf besonders traurige Weise am 11. April in Berlin gezeigt. An diesem Tag starb die 67. Jährige Rosemarie F., zwei Tage nachdem sie aus ihrer Wohnung zwangsgeräumt wurde. Sie wurde geräumt, obwohl zwei ärztliche Atteste klarmachten, dass sie eine Zwangsräumung nicht überleben würde. Nicht nur aus diesem Grund sprechen Wohnraumaktivist_innen von Mord. Aber lest mehr dazu in den Kurzmeldungen.

Auch in Sachen Wagenburg hat sich seit der letzten Ausgabe einiges getan. Was sich schon länger angedeutet hatte steht jetzt fest: die Wagenburg muss auf das Gelände am alten Fliegerhorst (am Stadtrand) umziehen. Warum das nicht wirklich der Wunschort ist, und warum die Verhandlungen mit der Stadt immer noch nicht vorbei sind, könnt ihr in einem Statement der Wagenburg auf den Seiten 20 und 21 lesen. Wir wünschen der Wagenburg auf jeden Fall viel Kraft beim Umzug und hoffen, dass ihr es euch dort genauso schön machen könnt, wie auf dem alten Platz.

Nicht in Vergessenheit geraten lassen wollen wir die Brandanschläge in Solingen im Mai vor 20 Jahren. Fünf Menschen kamen bei dem rassistischen Angriff ums Leben, mehrere wurden lebensgefährlich verletzt. Wir hätten gerne einen Text dazu abgedruckt, haben aber keinen gefunden, der sich mit den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen, dem Anschlag selbst und den Tätern nicht nur aus einer Antifa-Perspektive auseinandersetzt, sondern auch die bei dem Anschlag Verletzten und die Hinterbliebenen zu Wort kommen lässt. Wenn ihr einen guten Text kennt: immer her damit!

Doch nicht nur der Brandanschlag in Solingen jährt sich dieses Jahr zum zwanzigsten Mal, auch die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Zur Entwicklung der Asylpolitik in der BRD haben wir mit „Ein bisschen Hunger, dann gehen die schon“ (Seite 22) einen spannenden Text gefunden, den wir euch nicht vorenthalten wollen. Der Artikel zeichnet die chronologische Entwicklung des Grundrechts auf Asyl nach und zeigt auf, welche Interessen hinter dieser Entwicklung stehen: von der anfangs vergleichsweise liberalen Regelung bis hin zur Abschaffung des Grundrechts. So wird z.B. die These aufgestellt, dass die BRD anfänglich einem liberalen Asylgesetz nicht abgeneigt war, da sie in den Nachkriegsjahren Kollaborateur_innen aus den ehemals besetzten Gebieten Schutz gewähren konnte, um sich u.a. am administrativen Wiederaufbau Deutschlands zu beteiligten. Wichtig und spannend fanden wir auch, dass der Text aufzeigt, dass das Asylrecht schon vor seiner Abschaffung in den 90ern alles andere als progressiv war.

Sehr lesenswert fanden wir auch den Text „Der NSU und das antifaschistische Schweigen“ (Seite 26). Von der Kritik, die in diesem Artikel an der radikalen Linken und deren Verhalten im Bezug auf rassistische und nazistische Mordopfer geübt wird, haben wir uns mehrfach angesprochen gefühlt.

Und: yeah! Das rassistische Gutscheinsystem für Asylbewerber_innen ist (für‘s erste) abgeschafft! Das Ex-Gutscheinbündnis hat dazu einen tollen Text verfasst, der sich auch historisch mit dem System und dem Widerstand dagegen auseinandersetzt. Danke dafür!

Im Namen des Bündnisses seid ihr übrigens alle herzlich zum Feiern am 12. Juni im Alhambra eingeladen.

In diesem Sinne: Prost!

Eure Alhambra-Redaktion

Antimilitarist verurteilt

Oldenburg Am Montag, den 15.04.2013 wurde im Amtsgericht Oldenburg einem Antimilitaristen der Prozess gemacht. Der Vorwurf lautete im Rahmen einer Protestaktion gegen ein Bundeswehr-Konzert des Heeresmusikkorps I am 6. Mai 2012 auf dem Rathausmarkt Widerstand gegen Polizisten geleistet zu haben.

Während des Konzerts hatte ein Polizist dem Angeklagten von hinten in die Niere geschlagen und ihm dabei eine schwere Nierenverletzung zugefügt. Ein Protestierender stellte daraufhin Strafanzeige gegen den Polizisten. Der Geschädigte wurden im weiteren Verlauf der Proteste, ohne vorherige Ankündigen von der Bereitschaftspolizei aus der Protestaktion herausgezogen. Dabei kam es zu weiteren Verletzungen im Gesicht, der Polizist sagte aus, dass dies zur Beruhigung des Angeklagten notwendig war. Das Gericht verurteilte den Antimilitaristen zu 60 Sozialstunden.

Proteste von Migrant_innen in Italien

Bologna Parallel zu der großen „Refugees' Revolution Demonstration" am 23. März in Berlin gingen auch in Bologna Geflüchtete, Migrant_innen sowie italienische Arbeiter_innen auf die Straße, um gegen institutionellen Rassismus und Ausbeutung zu demonstrieren. Die zentralen Forderungen der ca. 2 000 lautstark Protestierenden waren die Entkoppelung des Aufenthaltsrecht von Migrant_innen von Job und Einkommen, sowie die Abschaffung der Abschiebelager.

Im Zentrum der Kritik stand das rassistische „Legge Bossi-Fini", ein 2002 erlassenes Gesetz, das nach den rechtspopulistischen Initiatoren Gianfranco Fini (Alleanza Nazionale) und Umberto Bossi (Lega Nord) benannt ist. Es sieht vor, dass Migrant_innen aus Nicht-EU-Ländern nur dann einen Aufenthalt bekommen bzw. ihn auch nach bereits jahrelangem Aufenthalt im Land nur dann behalten dürfen, wenn sie einen Arbeitsvertrag und ein bestimmtes Mindesteinkommen nachweisen können. Gerade in Zeiten der Krise bedeutet dies für migrantische Arbeiter_innen einen immer höheren Druck, ihren Job – und damit Aufenthalt und Lebensperspektive in Italien – nicht zu verlieren. Durch diese Abhängigkeit werden Beschäftigte zwangsläufig schneller erpressbar, bzw. sind gezwungen, jeden noch so schlecht bezahlten Job anzunehmen und sich z.T. unter extrem schlechten Arbeitsbedingungen ausbeuten zu lassen.

Vorangegangen war der Demo am Vortag ein Generalstreik in zahlreichen Logistikzentren in norditalienischen Städten, zu denen die Basisgewerkschaften SI Cobas und ADL Cobas aufgerufen hatten und an dem sich mehrere Tausende (ganz überwiegend) migrantische Beschäftigte beteiligt hatten. Zu der Demonstration aufgerufen hatte die „Coordinamento Migranti Bologna", ein antirassistisches Kollektiv bestehend aus Migrant_innen wie auch italienischen Unterstützer_innen, deren gemeinsames Ziel der Kampf gegen jegliche rassistische Verhältnisse ist.

Frieden für Kurdistan?

Diyarbakır Am 21. März 2013, dem Tag des kurdischen Neujahrsfestes Newroz, rief der in der Türkei inhaftierte Vorsitzende der kurdischen Arbeiter_innenpartei (PKK) Abdullah Öcalan zu einem »Neubeginn« des seit 30 Jahren militärisch ausgetragenen kurdisch-türkischen Konflikts auf. »Unser Kampf war niemals gegen ein Volk, eine Religion, eine Konfession oder Gruppe gerichtet, das könnte niemals der Fall sein. Unser Kampf richtete sich gegen Unterdrückung, Unwissen, Ungerechtigkeit und erzwungene Rückständigkeit, gegen alle Formen von Repression und Knechtschaft. (...) Wir sind an dem Punkt zu sagen: Die Waffen sollen endlich schweigen, Gedanken und Politik sollen sprechen. (..) Die Zeit ist gekommen, unsere bewaffneten Kräfte hinter die Grenze zurückzuziehen. (...) Dies ist kein Ende, sondern ein Neubeginn. Der

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Kampf ist nicht zu Ende, sondern ein neuer, anderer Kampf beginnt. (...) Ich rufe alle Vertreter der unterdrückten Völker, Klassen und Kulturen, die Frauen als älteste Kolonie und unterdrückte Klasse, die Angehörigen unterdrückter Konfessionen, Glaubensrichtungen und anderer kulturellen Gruppen, die Repräsentanten der Arbeiterklasse und alle vom System Ausgegrenzten auf: Das System der Demokratischen Moderne ist die neue Option des Wegs aus der Unterdrückung. Nehmt Euren Platz darin ein und eignet Euch seine Mentalität und Form an«, heißt es in der vor über einer Millionen Menschen in der kurdischen Metropole Diyarbakır verlesenen Erklärung. Bleibt zu hoffen, dass die türkische Regierung diesmal die Chance für einen Frieden ergreift und einen Demokratisierungsprozess, welcher selbstverständlich auch die Freilassung der politischen Gefangenen aus der kurdischen Freiheitsbewegung mit einschließt, auf den Weg bringt.

Rassistische Eskalation in Vockerode

Vockerode Am Osterwochenende kam es in Vockerode zu einem rassistischen Übergriff auf Flüchtlinge, die vom Landkreis dort zwangsweise untergebracht werden. Nachdem die drei Täter sie rassistisch beleidigt und mit Flaschen beworfen hatten, verfolgten sie die Flüchtlinge bis ins Treppenhaus eines der Wohnblöcke. Trotz Wachschutz konnten die Täter versuchen, in eine der Wohnungen einzudringen. All dies passierte direkt in Vockerode unter den Augen der Nachbar_innen. Die Flüchtlinge haben in der Vergangenheit mehrfach auf die Gefahr rassistischer Übergriffe und die feindselige Stimmung hingewiesen, die ihnen in Vockerode entgegen schlägt. So begannen direkt nach dem zwangsweisen Umzug aus dem Lager Möhlau nach Vockerode die rassistischen Beleidigungen auf offener Straße. Eine Woche vor dem jüngsten Übergriff wurde der Briefkasten eines Flüchtlings zerstört. Kurz nach dem Umzug der Flüchtlinge nach Vockerode gründete sich eine Bürger_innenitiative, die sich zwar von NPD und Neonazis distanzierte, ansonsten aber Rassismen und Vorurteile bediente und z.B. forderte die Zahl „der Ausländer auf ein erträgliches Maß zu reduzieren“. Die NPD ist auf diesen Zug aufgesprungen und meldet seitdem im Zwei-Wochen-Takt Infostände an. Die Bewohner_innen des Lagers werden vom Landkreis nicht über den Stand der Dinge unterrichtet und sind ständiger Ungewissheit und einem permanenten Angstzustand ausgeliefert. Nach einer Nazidemo in Dessau am 10. März, traf sich abends schon eine Gruppe Nazis in einer Wohnung in unmittelbarer Nähe des Lagers. Die Menschen, die gezwungen sind im Lager Vockerode zu leben, sehen sich nach den Angriffen auf ihr Leib und Leben nun einer noch stärkeren Bedrohung ausgesetzt. Die Situation ist spätestens jetzt eskaliert und unter keinen Umständen länger hinzunehmen.

Großdemonstration „für Frieden mit sozialer Gerechtigkeit“

Bogotá Rund 1,2 Millionen Menschen haben am 9. April 2013 vor allem in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá für die Unterstützung des Friedensdialoges demonstriert. Nicht nur Einwohner_innen der Stadt sowie Studierendenorganisationen und Gewerkschaften haben an der Mobilisierung teilgenommen. Auch Afrokolumbianer_innen, Indigene und Kleinbauern_bäuerinnen von 2 000 sozialen Organisationen sind aus den verschiedensten Regionen des Landes angereist, um „Frieden mit sozialer Gerechtigkeit“ zu fordern.

Ziel der Demonstration war zum einen, den Befürworter_innen des Krieges entgegenzutreten, die sich für das Scheitern des Friedensdialoges einsetzen (ihr bekanntester Vertreter ist Ex-Präsident Uribe). Zum anderen wurde ein Handeln der Regierung Santos gefordert, wie zum Beispiel einen Waffenstillstand.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Piedad Córdoba, Sprecherin der linken Bewegung Marcha Patriótica, erinnerte außerdem daran, dass die Guerillas nicht die Ursache, sondern die Konsequenz der Gewalt seien.

Zur Demonstration aufgerufen wurde von der Marcha Patriótica, mit der Unterstützung von Basisorganisationen wie dem Congreso des los Pueblos. Die Marcha Patriótica ist seit ihrer Gründung von der Regierung, den Massenmedien und dem Ex-Präsidenten Uribe als „politischer Arm" der FARC stigmatisiert worden. Deshalb überraschte, dass auch Präsident Juan Manuel Santos die Mobilisierung unterstützte und sich ihr im letzten Moment sogar angeschloss.

Dies kritisierte ein Sprecher der Marcha Patriótica als taktisches Manöver, um sich politische Unterstützung für die nächsten Präsidentschaftswahlen zu sichern. Der Congreso de los Pueblos bezeichnete die Aktion des Präsidenten als „opportunistisch".

Die Friedensgespräche zwischen der Regierung und der FARC haben am 18. Oktober 2012 in Oslo begonnen. Sie sollen zu einem Ende des fast 50 Jahre andauernden bewaffneten Konflikts führen.

Gekürzt von: amerika21.de

Proteste für Menschenrechte

Russland In Russland hat das hoch umstrittene Gesetz „gegen Propaganda von Homosexualität unter Kindern" nun die erste Lesung passiert. Das Gesetz sieht Geldstrafen von mehr als zehntausend Euro für Personen vor, die Informationen über „Sodomie, Lesbianismus, Bisexualität und Transgenderismus" unter Minderjährigen verbreiten. Was genau unter „Propaganda" zu verstehen sei, wurde jedoch nicht genauer definiert. Sollte das neue Gesetz in Kraft treten, könnte demnach bereits das Küssen von gleichgeschlechtlichen Paaren in der Öffentlichkeit geahndet werden und auch die Organisation einer Gay Pride wäre verboten. In Russland kam es bereits in der Vergangenheit immer wieder zu Kündigungen von homosexuellen Beamt_innen, auch hier erwarten sich viele Aktivist_innen eine weitere Verschlechterung. Das Gesetz wurde in der russischen Duma mit einer einzigen Gegenstimme fast einstimmig beschlossen. Im Mai diesen Jahres wird es zur zweiten Lesung vorgelegt. In Moskau kam es aufgrund des Beschlusses zu Protesten, dabei wurden rund zwanzig Menschen festgenommen.

Laye-Alama Condé – das war Mord!

Bremen Am 7. Januar 2005 wurde Laye-Alama Condé im Bremer Polizeigewahrsam durch einen zwangsweise durchgeführten Brechmitteleinsatz getötet. Ende Dezember 2004 wurde Laye-Alama Condé aus Sierra Leone, der seit Jahren hier in Bremen lebte, am Sielwalleck von Zivilpolizisten verhaftet und unter Verdacht des Drogenbesitzes in das Polizeirevier Vahr verbracht. An Armen und Beinen gefesselt, wurde ihm von dem Arzt Igor Volz gewaltsam Brechmittel verabreicht und über eine Nasensonde so viel Wasser in den Magen gepumpt, dass seine Lungen überfluteten und er erstickte. Laye-Alama Condé ist in den Räumen der Bremer Polizei grausam gequält und ertränkt worden. Er wurde 35 Jahre alt. Auch nach acht Jahren und bisher zwei Gerichtsprozessen bleibt festzustellen: Es gibt eine Tat, es gibt einen Toten, aber keine verurteilten Täter. Die beteiligten Polizisten werden wegen der Verjährungsfristen mittlerweile wohl nicht mehr rechtlich belangt werden können. Angeklagt war lediglich der beteiligte Arzt. Beide Male wurde er vom Bremer Landgericht freigesprochen, beide Male wurde der Freispruch vom Bundesgerichtshof mit Hinweis auf große Verfahrensfehler und auf die augenfällige Schuld des Arztes kassiert, zuletzt im Juni 2012. Der anstehende dritte Prozess gegen den Arzt begann am 9. April 2013. Die Prozesstermine sind auf akj-bremen.org zu finden.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Nazis versuchen Gedenken zu instrumentalisieren

Kirchweyhe Am zweiten Märzwochenende gerieten Jugendliche, die von einer Party zur nächsten unterwegs waren, in Kirchweyhe (Landkreis Diepholz) in Streit. Ein 25-Jähriger wollte schlichten und wurde daraufhin von den Streitenden attackiert und erlitt schwere Kopfverletzungen, denen er wenige Tage später erlag. Die Trauer um den jungen Mann nutzten rechtsradikale Gruppen (z.B. die Identitäre Bewegung und die NPD), um Hetze gegen Migrant_innen zu betreiben, da einer der Angreifer Migrant sein soll.

Am darauffolgenden Wochenende riefen die NPD Bremen und Niedersachsen zu einer „Gedenkveranstaltung" am Ort des Geschehens auf. Obwohl diese vom Verwaltungsgericht verboten wurde, mobilisierten Nazi-Gruppen zur Kundgebung nach Kirchweyhe. So kamen dort Nazis aus den Landkreisen Diepholz, Hildesheim, Heidekreis (vor allem aus Schneverdingen), Rotenburg (Wümme) und Verden zusammen, wurden jedoch nicht auf den Bahnhofsplatz gelassen, da dort knapp 2000 Menschen eine offizielle Mahnwache abhielten. Zu dieser hatte der Weyher Bürgermeister zusammen mit dem Präventionsrat der Gemeinde, dem Runden Tisch gegen Rechts und dem Integrationsrat aufgerufen, um würdevoll ein „Zeichen gegen Gewalt" und gegen die rassistische Stimmungsmache zu setzen. Nachdem die angereisten Nazis unverrichteter Dinge wieder abziehen mussten, marschierten ca. 60 Nazis in Verden auf und lieferten sich dort Scharmützel mit den Bullen.

Für den 23. März meldete dann Christian Worch mit der Partei „Die Rechte" einen Aufmarsch gegen das Versammlungsverbot in Kirchweyhe an. Dieser wurde nicht verboten. Auf den Bahnhofsplatz kamen sie trotzdem nicht, da wieder der Bürgermeister und seine Mitstreiter_innen zu einer Mahnwache aufgerufen hatten und mit rund 1000 Menschen den Platz blockierten. Die knapp 100 Nazis, die überwiegend aus Nordrhein-Westfalen angereist waren, mussten mit einem Versammlungsplatz fernab des Ortskerns vorlieb nehmen.

Proteste gegen Zustände in Isolationslager

Breitenworbis Viel Wirbel gab es letztes Jahr um die Zustände im maroden Flüchtlingslager Breitenworbis, wenig hat sich bis heute getan. Die Flüchtlinge fühlen sich von der Gesellschaft ausgeschlossen. Flüchtlingsorganisationen und einige Bewohner_innen fordern die Schließung des Lagers. Zehn Roma-Familien leben derzeit im Flüchtlingslager Breitenworbis. Manchmal zu viert auf zwanzig Quadratmetern. Letztes Jahr hat das Lager vor allem wegen der maroden Infrastruktur Aufsehen erregt: Defekte Elektroherde, Toiletten und Duschen, Schimmel an den Wänden. Nach einem Bericht auf 3sat über den Refugee Protest March und das Lager Breitenworbis wurden die Verantwortlichen beim Landkreis Eichsfeld tätig. Ein paar Wände wurden gestrichen, einige Elektroherde ausgetauscht, auch ein paar neue Duschköpfe gab es. Doch eine Verbesserung können die Bewohner_innen nicht erkennen. Das Flüchtlingslager Breitenworbis ist ein altes Landschulheim aus DDR-Zeiten, direkt an der Autobahn 38. In direkter Nachbarschaft ist ein Viehmastbetrieb und eine Kläranlage. Es stinkt, im Sommer soll der Gestank unerträglich sein, berichten die Bewohner_innen.

Zustände, die der Flüchtlingsrat Thüringen als katastrophal bezeichnet. „Das Lager Breitenworbis ist seit langem einfach eines der größten Baustellen in Thüringen, eines der schlechtesten Lager die es noch gibt. Es ist von der Versorgungslage einfach eine Katastrophe." In Breitenworbis gibt es Supermärkte, eine Grundschule, einen Kindergarten und eine Ärztin. Der Weg dorthin dauert zwanzig Minuten zu Fuß, über eine Autobahnbrücke, an Feldern vorbei, auf einer nachts nicht beleuchteten Straße. Am Ende eines offenen Briefes unter anderem an das Landratsamt Eichsfeld fordern einige Frauen aus des Isolationslager Breitenworbis:

„Wir wollen hier raus, wir wollen selbstbestimmt in Wohnungen leben. Wir wollen selber entscheiden wo wir wohnen.Und wir wollen endlich ein Aufenthaltsrecht bekommen."

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Neupack-Streik

Rotenburg (Wümme)/Hamburg Die seit dem 1. November sich im Streik befindende Belegschaft beim Verpackungshersteller Neupack aus Hamburg hatte Anfang April nach mehrwöchiger Pause wieder zur Arbeitsniederlegung aufgerufen. Rund 40 Kolleg_innen, dazu auch einige Gewerkschaftssekretär_innen und Aktivist_innen vom Soli-Kreis, bezogen Streikposten vor dem Werkstor. Sowohl vor der Frühschicht wie vor der Spätschicht konnten sie Streikbrecher_innen jeweils etwa 15 Minuten lang daran hindern, das Gelände zu betreten.

Mitarbeiter_innen, die das Unternehmen nach Streikbeginn im November durch eine Leiharbeitsfirma beschäftigte wurden befristet eingestellt, da ein politischer Skandal drohte. Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) hat die Verhandlungen mit der Unternehmerfamilie Krüger für gescheitert erklärt. »Immer noch ist Neupack nicht dazu bereit, auf Maßregelungen gegenüber streikenden Mitarbeiter_innen vollständig zu verzichten«, erklärte der Landesbezirksvorsitzender der Gewerkschaft. Ein zentraler Knackpunkt der Verhandlungen war bisher, dass die Eigentümerfamilie Krüger sich gegen eine Maßregelungsklausel im Tarifvertrag sperrte, mit der die zahlreichen Kündigungen und Abmahnungen gegen Streikende zurückgenommen werden würden. So fand vor dem Hamburger Arbeitsgericht eine Verhandlung wegen der versuchten Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Murat Günes statt - allein er hat während des Streiks schon mehrere Kündigungen erhalten. Der Vollstreik, der ab dem 1. November vergangenen Jahres lief, wurde ab dem 25. Januar durch einen »Flexi-Streik« ersetzt. Danach haben die Kolleg_innen an den meisten Tagen normal gearbeitet (bis zur Arbeitsniederlegungen am 8.4. gab es mehr als drei Wochen keine Streiks), so dass das Unternehmen seine Lagerhallen gut auffüllen konnte. Weil die Streiktaktik in der Bundeszentrale der IG BCE in Hannover entschieden wird, hatte der Betriebsratsvorsitzender Murat Günes den Flexi-Streik schon als »Flexi-Verarschung« beschrieben. Andere Kollegen sprechen schlicht von »Flexi-Arbeiten«. Weitere Arbeitsniederlegungen sind wahrscheinlich. Günes sagt, dass weitere Unterstützung für die Streikenden nötig ist. Neben dem Solikreis in Hamburg hat sich auch in Berlin ein Solikreis gegründet.

Zwangsräumung in den Tod

Berlin Am 11. April 2013 ist Rosemarie Fliess im Alter von 67 Jahren verstorben. Zwei Tage zuvor wurde sie aus ihrer Wohnung zwangsgeräumt. Seitdem fand sie vorläufig Unterkunft in einer Wohngemeinschaft und zuletzt in einer Wärmestube. Das Bündnis „Zwangsräumung verhindern“ ist traurig, schockiert, fassungslos und wütend.

Die Zwangsräumung entzog Rosemarie Fliess ihre Lebensgrundlage. Die Räumung wurde vollzogen, trotz eines ärztlichen Attests, welches ihr die Unzumutbarkeit einer Räumung bescheinigte. Damit wurde ihr Tod zumindest billigend in Kauf genommen. Die Eigentümerin bestand trotz Mietübernahmeerklärung des Sozialamtes auf Herausgabe der Wohnung.

Rosemarie Fliess war Teil des Bündnisses „Zwangsräumung verhindern“. Sie erfuhr Unterstützung, z. B. in Form von Prostestkundgebungen bei ihren Räumungsterminen und nahm trotz ihres Gesundheitszustandes selbst an Aktionen, u.a. an der Blockade einer Zwangsräumung in der Reuterstraße am 2. April 2013 teil.

Wir sind schockiert und fassungslos und trösten uns ein wenig damit, dass Rosemarie Fliess wenigstens zu ihrem Lebensende Solidarität erfahren hat, womit sie in den letzten Jahren sicherlich nicht reich beschenkt war.

Wir fragen uns: In was für einer Gesellschaft leben wir, die Eigentumsrechte über den Schutz des Lebens stellt? Welche Verantwortung tragen Politiker_innen, Richter_innen, Gerichtsvollzieher_innen, Eigentümer_innen, Polizist_innen und auch Schlüsseldienste? Welche Schuld trägt ein_e Richter_in, die_der trotz eines ärztlichen Attest eine Zwangsräumung anordnet? Wer, wenn nicht Menschen, wie Rosemarie Fliess, genießen noch Räumungsschutz?

Der letzte Zufluchtsort von Rosemarie Fliess, die Wärmestube „Wärme mit Herz“, soll am 19. April zwangsgeräumt werden.

Von:
zwangsraeumungverhindern.
blogsport.de

„Pille danach“ nur schwer erhältlich!
Oldenburg Das neuste Beispiel für den erniedrigenden Umgang mit Menschen, die die „Pille danach“ bekommen wollen hat sich an einem Sonntag gezeigt. Da Gynäkolog_innen am Wochenende ihre Praxen geschlossen haben, sind Menschen darauf angewiesen Notdienstzentralen aufzusuchen. Das es in Oldenburg nicht möglich ist, im katholischen Pius-Hospital die „Pille danach“ zu bekommen war ja bereits bekannt. Dass es auch im evangelischen Krankenhaus in der Auguststraße Probleme gibt, überrascht erstmal. Im jüngsten Fall wurde einer Person die „Pille danach“ an einem Sonntag im evangelischen Krankenhaus verwehrt und ihr geraten am Montag eine_n Gynäkolog_in aufzusuchen. Hier wurde bewusst in Kauf genommen, dass die „Pille danach“ ihre Wirkung nicht mehr voll entfalten kann. Auf das Selbstbestimmungsrecht, ob eine Person Schwanger werden möchte oder nicht, wurde hier bewusst nicht geachtet. Viele beklagen auch den Umgang der diensthabenden Notärzt_innen wenn sie nach der „Pille danach“ verlangen.

Doch selbst wenn es die „Pille danach“ ohne Probleme gegeben hätte, sind in Deutschland Personen immer noch auf ein Rezept für die „Pille danach“ angewiesen. In anderen europäischen Ländern ist die „Pille danach“ längst frei in der Apotheke erhältlich.

Lebenslange Haft für Pinar Selek
Türkei Die im französischen Exil lebende Soziologin und Schriftstellerin Pinar Selek wurde Ende Januar von einem türkischen Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt. Selek wird vorgeworfen, 1998 an einem Bombenanschlag beteiligt gewesen zu sein sowie Propagandaarbeit für die PKK, die kurdische Arbeiterpartei, geleistet zu haben.

Die Soziologin erlangte durch ihre Studien zu marginalisierten Gruppen – wie etwa Transgender-Personen, Prostituierten und Straßenkindern – internationale Bekanntheit. In ihren Forschungen widmete sie sich immer wieder Frauenrechten sowie auch dem kurdisch-türkischen Konflikt. Internationalen Beobachter_jnnen zufolge sollen dies auch die Gründe sein, warum Selek nun verurteilt wurde. Selek verbrachte nach ihrer ersten Verurteilung 1998, damals war sie 27 Jahre alt, bereits zweieinhalb Jahre im Gefängnis, dort wurde sie schwer misshandelt. Nach ihrer Entlassung wurde sie 2002, 2006 und 2011 von Istanbuler Richter_innen freigesprochen. Der Oberste Gerichtshof erkannte diese Entscheidungen jedoch nicht an.

Selek lebt derzeit in Straßburg und arbeitet an ihrer Doktorarbeit über Emanzipationsbewegungen in der Türkei.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Das Gutscheinsystem ist abgeschafft!!!

Die neue Landesregierung in Niedersachsen hat die angekündigte Wende in der Asyl- und Flüchtlingspolitik durch den Erlass vom 27. Februar 2013 hinsichtlich der Abschaffung der Wertgutscheine umgesetzt.

Niedersächsischen Kommunen wird darin ermöglicht, zukünftig von der Ausgabe von Gutscheinen an Asylbewerber_innen und Flüchtlinge abzusehen und Bargeld auszuzahlen.

Nach bisheriger Kenntnis des Niedersächsischen Flüchtlingsrats haben schon einige Kreise und kreisfreie Städte (u.a. Oldenburg) zum 1. April 2013 auf Bargeldauszahlung umgestellt. Weitere Landkreise und kreisfreie Städte planen dieses in den nächsten Monaten.

Allerdings gibt es in Niedersachsen auch Kommunen, die weiterhin am Gutscheinsystem festhalten wollen, wie z.B. die Grafschaft Bentheim und der Landkreis Stade.In diesem Rahmen hat der DICV Hildesheim einen „Musterantrag auf Gewährung von Bargeld statt Gutscheinen“ (http://www.nds-fluerat.org/projekte/solitausch-bargeld-statt-wertgutscheine/) veröffentlicht, der dazu dienen soll, die Umstellung in den noch unentschlossenen Kommunen zu beschleunigen.

Aber: Das Asylbewerberleistungsgesetz besteht weiterhin!

Konkret bedeutet es, dass die Regelung der neuen Landesregierung z.B. nach einem Regierungswechsel wieder rückgängig gemacht werden kann.

Außerdem berechtigt das AsylBLG Kommunen, die Umstellung von Wertgutscheinen auf Bargeldauszahlung nicht umzusetzen (wie jetzt z.B. die Grafschaft Bentheim oder der LK Stade). Der neue Innenminister hat nicht die Chance ergriffen, die Ausgabe von Bargeld anzuweisen und überlässt den Kommunen die Entscheidung darüber, wie das Asylbewerberleistungsgesetz angewendet wird.

Die Abschaffung des Gutscheinsystems ist erst ein kleiner Schritt auf dem Weg, die Lebenssituation der Asylbewerber_innen und Flüchtlingen zu verbessern. Es gibt viele weitere Forderungen für eine andere Flüchtlingspolitik, u. a.

- Abschaffung des Arbeitsverbots

- Abschaffung der Residenzpflicht und Wohnverpflichtung

- Abschaffung der Unterbringung in Großunterkünften

Alle Parteien haben vor der Landtagswahl Aussagen gemacht, dass es erheblichen Änderungsbedarf in der Asyl- und Flüchtlingspolitik gibt. Wichtig ist, nicht abzuwarten, wie die neue Landesregierung sich verhält, sondern weiterhin Druck auszuüben, damit eine Kehrtwende in der Asylpolitik umgehend durchgeführt wird.

Das Wertmarken-/Gutscheinsystem

bundesweit und in Niedersachsen

Die Diskussion um die Wertmarken für Flüchtlinge wurde in Niedersachsen bereits in der 1980er Jahren geführt. Flüchtlingen wurden die ihnen zustehenden Leistungen in Form von Sachleistungen und Gutscheinen ausgegeben. Nach einer Kritik des Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen wurden 1987 unter Ministerpräsident Albrecht die Sammellager aufgelöst und auch die Wertmarken abgeschafft. Dies wurde u.a. auch damit begründet, dass die Wertmarken ohnehin nur von den Wohlfahrtsverbänden in Bargeld umgetauscht werden würden.

1993 wurde dann in Deutschland das Asylbewerberleistungsgesetz eingeführt. Hier werden die Höhe und die Form der Leistungen für Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland geregelt. Das so genannte Sachleistungsprinzip (nach §3 Abs.1 AsylbLG wird der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts als Sachleistungen gedeckt) wurde bundesweit eingeführt Auch Bargeldleistungen waren möglich und die Entscheidung darüber wurde den Kommunen überlassen.

Tatsächlich bekamen die Flüchtlinge zunächst vielerorts Essen in eigens dafür vorgesehenen Kantinen. Doch mit der Zeit wurden die meisten Sachleistungen durch die ebenfalls erlaubten Gutscheine ersetzt. Weil aber der Verwaltungsaufwand sehr hoch ist, gehörten diese Wertmarken in vielen Teilen Deutschlands auch bald wieder der Vergangenheit an. Richtiges Geld ist für die Behörden viel billiger. Ob Flüchtlingen die zustehende Unterstützung in bar ausgezahlt wird, entscheiden dabei weder Bund noch Land, sondern jeder Landkreis für sich.

Auch in Niedersachsen haben sich zunächst viele Gemeinden dafür entschieden, Flüchtlingen die Unterstützung in bar auszuzahlen.

Die Haltung der Landesregierung Niedersachsens änderte sich jedoch 1995. Jetzt sah die Landesregierung „keinen Grund mehr, besondere Umstände anzunehmen, die der Ausgabe von Wertgutscheinen entgegenstehen“. Die Gründe für die Gewährung von Bargeld mussten aufgelistet werden. Der Hinweis auf höhere Verwaltungskosten oder den Umtausch von Gutscheinen durch Initiativen durfte nicht mehr als Begründung für den Verzicht auf Gutscheinen herhalten.

Dennoch blieben alle niedersächsischen Großstädte sowie die überwiegende Mehrheit der Kommunen bei Bargeldzahlungen.

1997 forderte das niedersächsische Innenministerium sämtliche Kommunen per Erlass auf, das Wertmarken-/Gutscheinsystem flächendeckend umzu-

setzen. Nachdem sich viele Städte und Landkreise zunächst weigerten und Kritik äußerten, wurden sie zuletzt förmlich angewiesen, das Gutscheinsystem anzuwenden und leisteten dieser Weisung auch Folge.

Die Situation bis März 2013 war daher nicht nur durch den Gesetzgeber, sondern insbesondere auch von der niedersächsischen Landesregierung (1990–2003 SPD, 2003–02/2013 CDU) herbeigeführt worden. Sie hat sich für die Ausgabe von Gutscheinen statt Bargeld für Flüchtlinge entschieden – sie hätte auch anders handeln können.

So erhalten Flüchtlinge in anderen Bundesländern wie z.B. in Brandenburg (seit November 2011), Hamburg, Berlin, Bremen, Hessen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Bargeld statt Gutscheine. Im Saarland gibt es teilweise Essenspakete, teilweise Bargeld, in Baden-Württemberg eine Mischung aus allen drei Möglichkeiten. Einzig in Bayern bekommen die Flüchtlinge noch immer fast ausschließlich Sachleistungen.

Im niedersächsischen Landtag hat es von den Fraktionen der GRÜNEN und DIE LINKE bereits mehrfach Anträge gegeben, die zum Ziel hatten, das Wertmarkensystem zugunsten der Auszahlung von Bargeld abzuschaffen. Zuletzt hat Innenminister Schünemann 2008[1] Stellung bezogen und dabei deutlich gemacht, dass er am Gutscheinsystem festhalten wird, damit die Bundesrepublik für Flüchtlinge eine „deutlich verminderte Anreizwirkung“ habe. Eine Argumentation, die er in späteren Begründungen gegenüber den Kommunen wiederholt.

Das Gutscheinbündnis Oldenburg

In ganz Niedersachsen gibt es Initiativen, die Flüchtlinge unterstützen. Darunter auch Gutscheinbündnisse, die einen kleinen Teil dazu beitragen wollen, der Ausgrenzung etwas entgegen zu setzen. Ganz praktisch bedeutet dies, den Flüchtlingen die Wertmarken, mit denen die Gemeinden ihnen die zustehende Sozialhilfe auszahlt, in Bargeld umzutauschen. Dies betrifft die Flüchtlinge, die sich entweder im Asylverfahren befinden oder nach der Genfer Konvention nicht abgeschoben werden dürfen. Auf die Sozialhilfe angewiesen sind diese Menschen, da sie einem Arbeitsverbot unterliegen.

Der behördliche Zwang, mit Gutscheinen einzukaufen, bedeutet, keine freie Wahl der Waren und Geschäfte zu haben. Viele Läden nehmen die Gutscheine nicht an. Auch eine AnwältIn oder eine andere Beratungsleistung lässt sich mit Gutscheinen nicht bezahlen. Darüber hinaus wird bei einem Einkauf der/die Asylsuchende stigmatisiert. Den Beobachter_innen wird signalisiert: Er/Sie gehört nicht dazu, mit ihm oder ihr ist etwas nicht in Ordnung, sonst hätte er oder sie nicht diese Gutscheine.

Das Gutscheinsystem stützt und nährt die rassistischen Meinungen und Bilder vom „Ausländer“, der nicht mit Geld umgehen kann und daher seine/ihre Familie nicht versorgen kann.

Durch den Tausch der Wertmarken soll der Einkauf mit diesen auf viele Schultern verteilt werden.

In Oldenburg hat sich bereits kurz nachdem ab 1. März 1998 die ersten Gutscheine ausgegeben wurden ein Gutscheinbündnis gegründet. Mitglieder verschiedener Gruppen und Initiativen, aber auch Einzelpersonen richteten im „Dritte Welt“-Informationszentrum und Laden in der Auguststraße eine Tauschbörse ein. Im Infoladen konnten Flüchtlinge die Wertmarken in Bargeld, die Unterstützer_innen ihr Bargeld gegen Wertmarken eintauschen, mit denen sie dann ihr Einkäufe tätigen. In der Uni wurden regelmäßig Infotische aufgebaut, an denen auch getauscht werden konnte. Neben dem Tausch der Wertmarken organisierte die Gruppe Masseneinkäufe in den Läden, die keine Gutscheine annahmen, um auf die Willkür der Handhabung der Wertmarken aufmerksam zu machen. Auf Gemeindefesten, Filmtagen und politischen Veranstaltungen wurde auf das Gutscheinsystem aufmerksam gemacht und um Tauschpartner_innen geworben.

Im Dezember 1998 bilanziert das Gutscheinbündnis nach neunmonatiger Arbeit: „Durch den Umtausch sollte eine breite Gegenöffentlichkeit mobilisiert werden, die dann wiederum Druck auf die Stadtverwaltung ausübt, die neben der Bezirksregierung und dem niedersächsischen Innenministerium verantwortlich ist für die Einführung der Gutscheine. Es haben sich ganz viele mit am Umtausch beteiligt und mit den Flüchtlingen solidarisiert. Und trotzdem, eine breite Gegenöffentlichkeit können wir das nicht nennen. Kirchengemeinden, die wir um Unterstützung gebeten haben und auch die Parteien, die sich im Rat gegen die Einführung des Gutscheinsystems ausgesprochen haben, glänzten bisher durch Abwesenheit. Sowohl beim konkreten Umtausch als auch bei den Bündnistreffen. Gutscheine für Flüchtlinge sind von keiner Partei mehr thematisiert worden, nicht in der Öffentlichkeit und nicht im Rat.“[2]

Das Gutscheinbündnis konstatiert in ihrer Bilanz auch, dass die Organisation des Gutscheinumtausches eine systemstabilisierende Funktion ausübt. Und trotzdem halten sie den Umtausch, der Flüchtlingen zu Bargeld verhilft für eine der wenigen politischen Aktionen, die Flüchtlinge konkret unterstützt.

Am 16. März 1999 wurde von einer Gruppe von 35 Personen die Ratssitzung im PFL gestürmt, um gegen das Gutscheinsystem zu protestieren. In einem mehrfach verlesenen Redebeitrag wurde die Abschaffung dessen gefordert. Kurz bevor die Polizei eintraf, die den Befehl der Räumung erhalten hatte, wurde die Aktion beendet.[3]

Nachdem der Infoladen 2009 in das Alhambra in die Hermannstraße in Osternburg umzog, wurde der Gutscheintausch als Teil der Arbeit des Infoladens „roter strumpf“ fortgesetzt.

Das Volumen des Gutscheintausches veränderte sich im Laufe der Jahre erheblich. Den Flüchtlingen, die im Erstaufnahmelager Blankenburg (Zentrale Anlaufstelle/ ZAST) lebten, wurde lediglich ein geringes Taschengeld in bar ausgezahlt, die restlichen Leistungen wurden als so genannte Sachleistungen gewährt. Es lebten nur wenige Flüchtlinge in Oldenburg, die Wertmarken für ihren Lebensunterhalt bekamen. Nachdem das Lager Blankenburg zum 30. Juni 2011 geschlossen wurde, wurden der Stadt Oldenburg vermehrt Flüchtlinge zugewiesen, die den ihnen zustehenden Lebensunterhalt in Gutscheinen ausgezahlt bekamen.

Der Gutscheintausch gestaltete sich damit deutlich schwieriger, das Gutscheinbündnis hat bis zuletzt immer wieder nach regelmäßigen Tauschpartner_innen gesucht. Hilfreich war, dass sich über den Infoladen hinaus die Evangelische StudentInnengemeinde in der Uni Oldenburg, das Forum St. Peter sowie der Nicaragua-Verein am Tausch der Wertmarken beteiligte. Eine Enttäuschung war der Versuch, durch einen Gutscheinstand im PFL bei den Ratssitzungen die Kommunalpolitiker_innen, die sich nach ihrer Aussage alle nicht mit dem Gutscheinsystem anfreunden konnten, zum konkreten Umtausch zu bewegen. Leider hatten die meisten dann „gerade kein Geld dabei“ (die Ratssitzung kommt ja auch immer so plötzlich!) oder ignorierten die Aktivist_innen einfach gleich ganz.

Die Teilnahme am Gutscheintausch bedeutete konkrete Solidarität mit Flüchtlingen und und setzte ein Zeichen gegen Rassismus. Langfristig ging es allen Unterstützer_innen aber immer darum, das gesamte Gutscheinsystem abzuschaffen. Was in anderen Bundesländern längst möglich war, sollte auch in Niedersachsen umgesetzt werden: „Weg mit dem rassistischen Gutscheinsystem!“

Darum wurde vom Gutscheinbündnis Oldenburg immer wieder durch öffentliche Aktionen in der Innenstadt auf das Gutscheinsystem und die Umtauschmöglichkeiten aufmerksam gemacht, Unterschriften für eine Petition an den Landtag gesammelt[4] sowie Läden aufgesucht, die bis dahin die Wertmarken nicht als Zahlungsmittel anerkannt haben. Große (parteipolitische) Öffentlichkeit wurde erreicht, indem das Thema Wertmarken von verschiedenen

Quellen:

[1] Rede nds. Innenminister Schünemann nds. Landtag 17.09.2008
[2] Alhambra Programm Dezember 1998 S.6
[3] Alhambra Programm April 1999 S.4
[4] http://www.nds-fluerat.org/projekte/solitausch-bargeld-statt-wertgutscheine/petition/
[5] http://www.nds-fluerat.org/projekte/solitausch-bargeld-statt-wertgutscheine/
[6] http://buergerinfo.oldenburg.de/to0040.php?__ksinr=1692
[7] http://buergerinfo.oldenburg.de/to0040.php?__ksinr=1750
[8] Antwortschreiben Schünemann vom April 2012
[9] http://buergerinfo.oldenburg.de/to0040.php?__ksinr=1754
[10] http://buergerinfo.oldenburg.de/ydocstart.php
[11] http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2007/02/20130304-Erlass-vom-27022013.pdf

Initiativen im Rahmen der Einwohner_innenfragestunde in den Oldenburger Stadtrat eingebracht wurde.

Gemeinsam mit anderen Gutscheininitiativen aus Niedersachsen organisierte das Gutscheinbündnis Oldenburg eine landesweite Demonstration am 1. Dezember 2012 in Hannover. 70 Oldenburger_innen, davon zahlreiche Bewohner_innen der verschiedenen Flüchtlingsunterkünfte, fuhren gemeinsam mit dem Zug nach Hannover, um sich für die Abschaffung des Gutscheinsystems und gegen jegliche rassistische Sondergesetze[5] einzusetzen.

Ratspolitik in Oldenburg

Seit Ende 2011 informierten Mitglieder des Gutscheinbündnisses (Flüchtlinge und andere Aktivist_innen) immer wieder in Ausschüssen, Gesprächen und Einwohnerfragestunden[6] über die diskriminierende Praxis des Gutscheinsystems und mit dem praktischen Umtausch von Gutscheinen in Bargeld wurde ein solidarisches Zeichen gesetzt.

Nachdem alle Parteien (SPD, CDU, FDP, BFO, Grüne, Linke/Piraten) – bis auf den Vertreter der NPD – ihre Unterstützung signalisiert hatten, wurde dann am 27. Februar 2012[7] vom Oldenburger Stadtrat mit nur zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen beschlossen, dass rassistische Gutscheinsystem endlich abzuschaffen und durch die Zahlung von Bargeld zu ersetzen.

Anstatt jedoch mit der Auszahlung von Bargeld zu beginnen, wurde ein Brief an den Innenminister Schünemann mit der Bitte um Erlaubnis geschrieben. Nachdem dieser in einer Stellungnahme vom 10. April 2012[8] eine Veränderung der bisherigen Praxis allerdings rigoros untersagte, wurde ängstlich der eigene Beschluss „zu den Akten gelegt". Selbst ein Umtausch der Gutscheine durch Wohlfahrtsverbände oder die Bädergesellschaft wurde verworfen, weil auch dies angeblich eine Konfrontation mit dem Niedersächsischen Innenministerium zur Folge gehabt hätte.[9]

Nach der Landtagswahl im Januar 2013, die ein verändertes Kräfteverhältnis zur Folge hatte, fragte das Gutscheinbündnis ein letztes Mal im Rat nach dem aktuellen Stand der Umsetzung des Ratbeschlusses vom 27. Februar 2012[10]. Ein letztes Mal zeigte der Rat seine mangelnde Courage dadurch, dass er ohne konkrete Weisung der neuen Landesregierung noch keinen Handlungsspielraum sah, den bereits gefassten Beschluss konkret umzusetzen. Diese Weisung erfolgte am 27. Februar 2013 durch den neuen Innenminister Pistorius, wonach es jetzt den Kommunen freigestellt wird, selbst darüber zu entscheiden, in welcher Form den Flüchtlingen der ihnen zustehende Lebensunterhalt gewährt wird.[11] Seit April 2013 zahlt die Stadt Oldenburg den Asylbewerber_innen und Flüchtlingen Bargeld aus.

Gutscheinbündnis Oldenburg

”HÖR MIR AUF MIT MIETE!“
DIE STADT GEHÖRT ALLEN

AUFRUF ZUM AUTONOMEN 1. MAI

Wahrscheinlich ist es der einen oder anderen Person schon aufgefallen – das Motto „Hör mir auf mit Miete“ der autonomen 1. Mai Demo 2013 in Oldenburg ähnelt inhaltlich doch ziemlich stark dem „Recht auf Stadt“ Aufruf aus dem Jahr 2010. Dies liegt nicht zwangsläufig an mangelnder Kreativität der Mottosuchenden. Vielmehr sind diese Parallelen dem Umstand geschuldet, dass die Verhältnisse für viele in Oldenburg und anderswo lebenden Menschen heute genauso oder gar deutliche beschissener sind als noch vor drei Jahren. Und wegen eben diesen ätzenden Verhältnissen wollen wir am 1. Mai gemeinsam auf die Straße gehen. Wir tun dies nicht, um zu jammern oder für ein (größeres) Stück des Kuchens zu betteln! Wir wollen auf die Straße gehen, um gemeinsam in solidarischen und emanzipatorischen Kämpfen die Beschissenheit der Verhältnisse hinter uns zu lassen, um Allen ein gutes Leben zu ermöglichen.

RECHT AUF STADT - WAS WAR DAS NOCHMAL?

Um zu merken, dass sich stadtpolitisch in Oldenburg in den letzten Jahren ziemlich was getan hat, müssen Leute wahrlich keine Expert_innen für Stadtentwicklung sein. Meist reicht ein Blick aus dem Fenster, um zu erkennen, dass Einiges los ist. Es wird saniert, geputzt und gebaut als ginge es um die Wurst. Besonders deutlich zeigt sich dies im Bahnhofsviertel und am Hafen. Da sich aber die meisten Leute kein Fenster mit Ausblick auf die hübschen Segelschiffchen leisten können, tut es wahrscheinlich auch ein Blick auf den letzten Kontoauszug.

Neueren Studien zufolge geben bundesweit etwa ein Viertel aller Haushalte 40% ihres Nettoeinkommens alleine für die Miete aus. Eine Zahl, die sich in

den letzten zwei Jahren verdoppelt hat. Von dieser Entwicklung am stärksten betroffen sind vor allem arme, nichtweiße, arbeitslose und alte Menschen.

Warum Menschen sich entweder keine Wohnungen abseits irgendwelcher Randbezirken leisten können oder zumindest aus ihren alten Wohnungen raus müssen, lässt sich im Bezug auf Oldenburg vor allem auf zwei Ursachen zurückführen: Zum einen gibt's in Oldenburg einfach zu wenig Wohnungen - dies ist ein Fakt. Da ist es nicht verwunderlich, dass Oldenburg mit einem Lehrstandsrisiko von unter 1% als ein Paradies für Immobilienmarkler_innen und Vermieter_innen gilt.

Zum anderen wird, wenn dann mal die Bagger vor der Tür stehen, entweder ausgiebig saniert (was zur Folge hat, dass die Mieten steigen) oder gleich so gebaut, dass sich die Wohnungen eh kaum ein Mensch leisten kann. Das Ergebnis bleibt in seiner Konsequenz das Selbe: Von der Aufwertung bestimmter Stadtteile profitieren einige Wenige, wohingegen Andere aktiv verdrängt werden. Was zählt, bleibt die ökonomische Verwertbarkeit der Mieter_innen. Wer viel Kohle hat, darf nicht nur bleiben, sondern wird bewusst durch bescheuerte Großprojekte wie den „Alte Stadthafen" angelockt. Wer wegen Hartz 4, Leiharbeit, niedrigen Löhnen oder sonstigen prekären Lebensumständen am Existenzminimum rumkrebst, hat natürlich nichts zu melden.

Dass auch Freiräume von der oben beschriebenen Verwertungslogik natürlich nicht ausgenommen sind, zeigt sich ganz aktuell an der Wagenburg. Diese muss dem „Alten Stadthafen" weichen und auf ein Gelände irgendwo am Ende der Welt ziehen. Einer ähnlichen Zukunft blickt auch der Punk-A-Platz auf der anderen Hunteseite entgegen. Zwar müssen sie statt einem Schicki-Wohnprojekt einer Industrieanlage weichen, die Konsequenz bleibt aber die Gleiche: Sie müssen weg.

Auch das zwei Jahren besetzte „Haus Friedensbruch" scheint für Immobilienmarkler_innen wieder an Interesse gewonnen zu haben, zumindest hat es seit Januar diesen Jahres einen neuen „Eigentümer", welcher so schnell wie möglich sanieren und die Besetzer_innen raus haben will. Inwiefern ihm dies gelingen wird, ist jedoch ziemlich fragwürdig, vor allem im Anbetracht der Tatsache, dass das „Haus Friedensbruch" zu einem zentralen Bezugspunkt für ziemlich viele Menschen geworden ist, die einer Räumung wohl nicht tatenlos beiwohnen werden.

Wir sind uns durchaus darüber im Klaren, dass sowohl die Erkämpfung als auch die Verteidigung von Freiräumen wie besetzten Häusern etwas ganz anderes ist als die oftmals existenziellen und isolierten Kämpfe um eine vernünftige Bleibe. Dennoch halten wir die Kämpfe um Freiräume für einen notwendigen Schritt in die Richtung besseres Leben für Alle. Freiräume bieten eine Möglichkeit, gemeinschaftliches Leben neu auszuhandeln und zu gestalten. Sie bieten einen Raum, um Widerstand zu organisieren. Dass auch Freiräume keine luftleeren Räume abseits von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen sind, ist uns durchaus bewusst, aber sie ermöglichen dennoch einen Rahmen uns kritisch mit eben diesen auseinander zu setzen und gemeinsam Wege zu suchen, diese zu überwinden.

ALS WIR DACHTEN ES GEHT NICHT SCHLIMMER

Wie bereits oben beschrieben, hat sich in Sachen Stadtumstrukturierung für ziemlich viele Leute ziemlich viel zum deutlich Schlechteren entwickelt. Dies macht Protest dagegen absolut notwendig. Gleichzeitig ist es aber auch unumgänglich sich daran zu erinnern, dass es Menschen gibt, für die eine freie Wohnortswahl nicht mal theoretisch möglich ist. Der Grund dafür liegt in einer Vielzahl rassistischer Sondergesetze, institutionalisiert von der herrschenden Klasse und getragen von einer schweigenden oder gar offen zustimmenden Masse.

Seit Jahrzehnten kämpfen Geflüchtete gegen diese rassistischen Zustände. Eine der zentralen Forderungen war, ist und bleibt das Ende der entrechtenden und isolierenden Lagerunterbringung. Die Asylbewerber_innenheime, von denen es in Oldenburg zwei gibt, haben mit einer selbstbestimmten und menschwürdigen Unterbringung herzlich wenig zu tun.

Generell bedeutet Recht auf Stadt für uns mehr als eine bezahlbare Wohnung in schicker Lage. Recht auf Stadt bedeutet für uns, dass Menschen unabhängig ihres Einkommens an öffentlichen Orten rumhängen können, weil ständiger Konsum von irgendwelchem unbezahlbaren Quatsch nicht zur existenziellen Voraussetzung gemacht wird. Recht auf Stadt bedeutet für uns, dass Frauen*Lesben*Inter* - und Trans* sich entspannt in der Stadt bewegen können, ohne von sexistischen, homo- und transphoben Scheißverhalten belästigt zu werden. Recht auf Stadt bedeutet für uns, dass Menschen sich ohne Sorge vor alltäglichem und/oder institutionellem Rassismus durch bspw. rassistische Polizeikontrollen oder Residenzpflicht in der Stadt bewegen können. Recht auf Stadt bedeutet für uns, dass wir aktiv dafür sorgen, dass Nazis, sei es im Alltag oder bei Aufmärschen, mit Widerstand zu rechnen haben.

Lasst uns am 1. Mai gemeinsam auf die Straße gehen - nicht nur um für unser Recht auf Stadt. Lasst uns für ein gutes Leben für Alle kämpfen. Lasst uns dabei all die anderen emanzipatorischen Kämpfe die uns umgeben, global und lokal, nicht aus den Augen verlieren. Lasst uns von ihnen lernen, lasst uns mit ihnen zusammenkommen und uns organisieren.

LASST UNS KÄMPFEN, BIS DIE SCHEISZE BESSER WIRD!

FÜR EIN HERRSCHAFTSFREIES LEBEN!

»Ein Zimmer für 363€, kannste kriegen«

Interview mit der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) zur Wohnsituation von Hartz-IV-Empfänger_innen

Lieselotte: Ihr hab ja vor etwa einem halben Jahr einen Fragebogen zu Wohnraum entwickelt und bittet Leute in der Beratung, den auszufüllen. Was war der Auslöser, dass ihr jetzt auch einen Fokus auf Wohnraum legt?

Evelyn: Naja, mindestens in den letzten anderthalb Jahren hat sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt ja schon erkennbar zugespitzt. Irgendwann vor mindestens zwei Jahren hat der Geschäftsführer der GSG schon gesagt, dass auf der Liste der GSG 5 000 Leute stehen, das ist eine irrsinnige Zahl.

Rainer: Auf unserem Plenum ist dieser Punkt immer wieder thematisiert worden. Ich weiß den genauen Anlass auch nicht mehr, aber es wurde immer wieder überlegt, was für Schritte gemacht werden müssen, damit Menschen aus der Situation herauskommen können. Was gefordert werden muss und welche Daten wir eigentlich schon haben, aber auch die Frage nach dem Zugang zu Informationen kam immer wieder auf. Deshalb gab es die Idee über den Fragebogen an weitere Informationen zu kommen.

L: Wir haben auch den Eindruck, dass es in Oldenburg ganz wenig Infos zur Wohnraumsituation gibt.

E: Eigentlich sitzt in der Stadtverwaltung jemand, der so etwas wie einen Sozialatlas erarbeitet. Allerdings gibt es die Stelle erst seit etwa anderthalb Jahren, er ist also frisch dran. Der ist noch nicht sehr weit und ich möchte bezweifeln, dass er relativ schnell weit kommt. An sich gibt es den formulierten Anspruch, mensch will das alles wissen, mensch will sehen wie es hier wirklich aussieht, aber ganz ernsthaft bemühen tun sie sich nicht, das ist eher eine Luftblase. Denn Zahlen die belastbar sind, fordern ja gleichzeitig immer auch zum notwendigen Handeln auf. Solange es aber vor sich her geschoben werden kann und es irgendwie läuft, passiert nichts. Es ist ja nicht so, dass sich hier bei der GSG morgens um sieben die Schlangen bilden, die dann mit Frühstück ruhig gestellt werden müssten oder so.

R: Oldenburg wächst jährlich um etwa 1 000 Menschen. Die GSG baut 300 Wohnungen, die Privaten bauen nochmal etwa 300, und der Rest, wo bleibt der? Der Effekt ist klar, die Zahl der Wohnungslosen steigt, die Probleme auch.

L: Wie sind die Rahmenbedingungen in Oldenburg seitens der ARGE in Bezug auf Mieten?

E: Wir haben seit der Einführung vom SGB II 2005 eine schrittweise Erhöhung der von der ARGE als angemessen angesehenen Mieten hier in Oldenburg. Z.B. von 280€ auf jetzt 363€ monatlich für den Einpersonen-Haushalt. Daran kann mensch sehen, dass der Wohnungsmarkt verengt ist. Die Vermieter_innen können immer mehr nehmen und es wird auch tatsächlich mehr bewilligt.

Nach Auskunft im Sozialausschuss gibt es einen Leerstand von 1% bis 2%, das heißt, dass ist eigentlich nur zu dem Zeitpunkt, wo ein Wohnungswechsel stattfindet, mehr ist das nicht. Es gibt faktisch keinen Leerstand.

R: Es war in Oldenburg sehr lange nicht möglich, erfolgreich gegen die Umzugsaufforderung des Jobcenters einzuwenden, ich habe intensiv gesucht, aber nichts Vernünftiges gefunden, zahlt mir also weiter die vollen Kosten der Unterkunft. Das ist aufgrund der zugespitzten Situation jetzt anders geworden. Manchmal sagt das Jobcenter – die neue Bezeichnung für die ARGE – inzwischen, okay, sie bleiben erst mal dort wohnen, bis sich der Wohnungsmarkt ändert. Im Sozialausschuss ist dann auch gesagt worden, wir zwingen Leute nicht zum Umzug, wenn sie bis maximal 10% über den Kosten der Unterkunft, die wir für angemessen halten, liegen. Das ist also der nächste Schritt und insofern kann ich das nur unterstreichen, es gibt eine totale Verknappung an Wohnraum und einen entsprechenden Anstieg der Mieten.

Dadurch kommt es für eine Reihe von Leuten auch zu sehr belastenden Situationen, z.B. wenn eine Partner_innenschaft endet und die Leute eigentlich nicht mehr zusammen wohnen wollen, aber dann noch eine ganze Weile zusammen getrennt in einer Wohnung leben müssen. Oder wenn Jüngere von zuhause ausziehen wollen, wobei das mittlerweile zumindest für unter 25-jährige nochmal 'ne spezielle Situation ist.

E: Das es hier keine Wohnungen gibt, hat dann auch zur Folge, dass Vermieter_innen sich alles erlauben können. Also es gibt ja welche, die vermieten nur ein Zimmer mit Gemeinschaftsküche und -bad für den höchsten angemessenen Mietpreis pro Person. Also ein Zimmer für 363€ kannste kriegen. Die wissen, sie kriegen das regeneriert über's Amt und dann nehmen sie es. Das ist ein Problem.

Oder Makler_innen, die für private Vermieter_innen Wohnungen anbieten, was die alles wissen wollen. Also Sachen, die sie einfach nichts angehen. Die wollen sich die Leute finanziell nackig angucken. Und wenn jemand beispielsweise kein Konto hat, dann kommt der oder die schon mal nicht in Frage.

L: Wer legt diese Mietobergrenze fest? Legt das Jobcenter die selber fest?

E: Ja, das ist das Jobcenter. Die sagen: Wir stellen fest, es gibt Mieterhöhungen im Bestand. Und die stellen ja auch fest, dass sie sich mit ihren Aufforderungen umzuziehen nicht durchsetzen können, weil die Leute in Oldenburg diese Wohnungen schlichtweg nicht finden.

L: Bekommt ihr mit, dass es mehr Menschen gibt, deren Miete über der Obergrenze liegt und bei denen das Jobcenter dann nur die Obergrenze zahlt und die Leute draufzahlen?

R: Es hat Versuche gegeben im Sozialausschuss an Zahlen zu kommen wie viele Menschen über der Mietobergrenze liegen und wie viel da übernommen wird. Mein Stand ist, dass die Verwaltung das abgeblockt hat.

E: Die rücken damit nicht raus. Das ist ganz schwer da heran zu kommen.

L: Das ließe natürlich auch den Schluss zu, dass es häufiger passiert, als ihnen lieb ist.

E: Ja, genau.

L: Zusammenfassend könnte mensch also sagen, dass die Wohnung immer mehr zu einem weiteren Kampffeld neben der Erwerbsarbeit mit dem Jobcenter wird?

E: Immer dann zumindest, wenn‘s um einen Umzug geht. Also, wenn der Umzug notwendig ist, gibt‘s ja durchaus die Verpflichtung, dass die ARGE Zuschuss beispielsweise für Umzugshilfen leistet. Aber auch die notwendige Übernahme von Ausstattung, also wenn in der neuen Wohnung eine Einbauküche übernommen werden muss oder so was. Da gibt‘s immer wieder – und das nimmt zu finde ich – Stress. Die bearbeiten Anträge lange Zeit nicht, die Leute brauchen aber die Zusage, dass sie umziehen können, weil sie den Mietvertrag unterschreiben müssen. Dann kommt kurz bevor sie den größten Stress haben nochmal irgend eine teilweise wirklich abstruse Nachfrage, was zum Teil dazu führt, dass die Wohnung dann weg ist, weil sie die Zusage nicht mehr machen konnten. Oder aber auch die Ablehnung von Erstausstattung, gerade letztens haben wir eine Anfrage von einer Frau gehabt, die in eine Wohnung im vierten Stock zieht, da hat der Sachbearbeiter gesagt, Gardinen-Erstausstattung: brauchen sie nicht im vierten Stock.

R: Der Punkt ist, dass die Probleme mit Miete und Heizung schon seit Anfang an eine hohe Intensität haben. Das fängt damit an, dass irgendeine Nachzahlung, wie für Heizkosten, nicht übernommen wird oder andersherum, das Rückzahlungen direkt angerechnet werden sollen. Da gibt‘s sowieso viel Stress und ich würde das unterstreichen, das ist mehr geworden, speziell wenn‘s um Umzug geht, da machen sie noch mehr Druck.

L: Kann ich euch so verstehen, dass seit der Einführung von Hartz IV Miete oder Wohnraum ein Thema sind? Und stimmt der Umkehrschluss, dass es vor Hartz IV nicht so der Fall war?

R: Also, ich sag‘s mal so. Der Bereich Kosten der Unterkunft bzw. Miete und Heizung war vorher für die Arbeitslosenhilfebezieher_innen überhaupt kein Problem, weil die eine ganz anders bemessene Leistung bekommen haben. Für die, die in der Sozialhilfe waren, war das dagegen schon ein Thema und da gab‘s im Prinzip schon immer die Frage, was ist angemessen und wo sind da sie Obergrenzen. Nur das war der kleinere Teil, die große Mehrzahl der Leute, so grob gesagt 2/3 oder 3/4, waren in der Arbeitslosenhilfe. Seit Hartz IV gilt dieses Problem aber für alle, die da zusammen gelegt worden sind.

L: Die Leute, die sich bei euch Beratung holen sind damit ja auch irgendwie bereit, Widerstand zu leisten und sich gegen diese ganzen Zumutungen des Jobcenters zu wehren. Sind deren Widerstandsstrategien eher individuell, oder kommt es auch vor, dass sich Leute mit Nachbar_innen zusammen tun?

E: Ne, das ist so selten, die Leute sind individuell mit ihren Problem hier, wenn sie ihr Problem gelöst haben, sind die meisten auch froh und sind wieder weg. Gemeinsamen Widerstand gibt es vielleicht noch in den Familien, aber in Nachbar_innenschaften habe ich das noch nicht bewusst erlebt.

R: Das mag auch daran liegen, dass Hartz IV wie ein Individualisierungsprogramm wirkt. Du wirst nochmal stärker in so 'ne Auseinandersetzung mit deiner Erwerbsbiographie und deiner gesamten Lebenssituation reingezwungen.

E: Sicherlich nehmen seit 2005 viel mehr Leute auch die Möglichkeit wahr, mal vor‘s Gericht zu gehen. Für den_die Durchschnittsbürger_in ist der Schritt zum Gericht ein riesengroßer, das macht mensch höchsten einmal im Leben, am besten gar nicht. Das zu tun heißt schon, da ist die Situation so eng, dass mensch sich überhaupt nicht mehr

anders zu helfen weiß. Dass sich die Menschen sagen, jetzt reicht‘s mir, jetzt ist einfach meine Gerechtigkeitsgrenze erreicht, wird sicherlich auch durch zum Teil sehr menschenfeindliche Behandlung in den Ämtern befördert. Diesen Schritt machen mehrere, aber das ist auch immer ein individueller.

R: Ich habe den Eindruck, dass es vor der Einführung von Hartz IV zumindest eine größere Minderheit gab, die gesagt hat, dass das eine Sauerei ist und es so nicht weiter geht. Die Menschen waren auch bereit was zu tun und haben sich zumindest in Form der Montagsdemo organisiert. Aber auch die haben letztendlich festgestellt, dass es keine direkte Erfolgsperspektive gibt, dass es lange Auseinandersetzungen sind. Außerdem hat es über die Jahre eine gewisse Gewöhnung gegeben. Es ist zwar klar, dass es verdammt wenig Geld ist, aber mit Hilfe der Tafel und sonstigen Organisationen kommst du irgendwie über die Runden. Wenn du zum Beispiel mit dem Amt ein Problem hast, gehst du zur ALSO.

Es gibt schon auch Punkte, wo Menschen aus den Leistungen geschmissen werden oder es harte Auseinandersetzungen gibt. Aber es ist auch so, dass du dich irgendwie durchschlängeln kannst, wenn du geschickt bist und dich rechtzeitig über Handlungsmölichkeiten informierst, zum Beispiel in der ALSO.

L: Den Wunsch nach gemeinsamen Widerstand hört ihr dann wahrscheinlich eher nicht von den Leuten, oder?

E: Nein, leider nicht. Sonst wären wir in Oldenburg auch schon weiter.

L: Wenn Oldenburg jährlich um etwa 1 000 Menschen wächst, aber nur 600 Wohnungen neu gebaut werden, dann könnte mensch ja befürchten, dass die Zahl der Wohnungslosen steigt. Hab ihr da Erfahrung aus eurer Beratung?

E: Ich bin da im Moment dran raus zu bekommen, wie sich die Zahlen entwickelt haben. Ich weiß, dass sich die Situation bei den unter 25-jährigen drastisch verschärft hat. Vor drei Jahren waren es um die 100 und jetzt sind es um die 200, also ich meine sogar um die 250. Das ist wirklich drastisch gestiegen.

R: Anfang der 70er hat es hier einen eigentlich konservativen Soziologen an der Uni Oldenburg gegeben, der angeschoben hat, sich des Problems anzunehmen. So nach dem Motto: Wir wollen die ganzen Obdachlosen hier nicht und wir müssen was gegen Obdachlosigkeit machen. Und 20 - 25 Jahre war Obdachlosigkeit in Oldenburg im Großen und Ganzen kein Problem. Inzwischen ist es das wieder.

L: Wie sieht‘s mit Verdrängung aus? Also werden Menschen mit geringerem Einkommen in bestimmte Stadtteile oder an den Stadtrand verdrängt?

E: Am Stadtrand haben wir ja im Wesentlichen Neubauten und Einfamilienhäuser. Also, dahin nicht. Und ansonsten haben wir ja 'ne relativ gute Durchmischung in Oldenburg. Richtige Brennpunkte, also wir hatten aus den 1960er Jahren an der Cloppenburger Straße die Ewigkeit. Die ist so als Brennpunkt auch gebaut worden. Aber das hat sich ja im Laufe der letzten 50 Jahre ziemlich verändert. Aber Verdrängung, das würde ich nicht so feststellen oder so beschreiben. Es gibt möglicherweise Verdrängungen, wenn – das ist aber so klein hier in Oldenburg – da am Hafen gebaut wird in Teuer. Aber es gibt auch in der unmittelbaren Nachbarschaft Miethäuser, wo die Miete ganz angemessen ist. Also so richtig in so Ghettos... ne, die gibt‘s nicht.

L: Leider ist die Perspektive auch eher düster, wenn mensch sich anguckt, was Oldenburg für Projekte in städtebaulicher Hinsicht plant, dann sieht es nicht so aus, als würde sich der Zubau an bezahlbaren Wohnungen signifikant ändern.

E: Ne, in Oldenburg wird teuer gebaut. Ich weiß, dass es Ende 2011 eine Veranstaltung von der SPD-Fraktion bei der GSG gab, wo Fachleute immer noch davon ausgegangen sind, das neu gebaut wird. Die gehen selbst davon aus, dass die neuen Wohnungen natürlich nicht günstig wären, aber wenn neue Wohnungen existieren, würden ja auch Leute aus billigen Wohnungen in neue, also teurere, Wohnungen ziehen, wodurch die billigeren frei werden würden. Das ist so ein Humbug, ich weiß nicht wie die da drauf gekommen sind.

Leute die in einer bezahlbaren Wohnung leben und gutes Geld verdienen, sind doch nicht so blöd und ziehen nur, weil sie es sich leisten können in eine teurere Wohnung. Weil sie Platz machen wollen für die armen Leute.

L: Vielen Dank für das Interview!

Wagenburg im Stau

- Verdrängung -

und wie geht's weiter?

Wer wir sind

Hallo wir sind die Wagenburg. Was ist das eigentlich? Die Wagenburg ist eine Lebensgemeinschaft, die selbstverwalteten Raum für Menschen bietet, die sich jenseits von steigenden Mietpreisen und Vereinsamung kollektiv verwirklichen wollen. Unsere ausgebauten LKWs und Bauwägen am Stau sind unser selbstgewähltes Zuhause. Wir Bewohner_innen sind vielfältig, ob Akademiker_innen, Handwerker_innen, Studis, freischaffende Künstler_innen, etc. Hier existiert ein Freiraum, welcher - wie viele ehemalige Projekte, Ateliers oder Werkstätten - nun auch von der Stadtumstrukturierung Oldenburgs bedroht ist. Unkommerzielle Veranstaltungen, die in unregelmäßigen Abständen stattfinden, laden zum gemeinsamen Austausch, Diskutieren und Feiern sowie zur Beteiligung und Selbstorganisierung ein. Außerdem steht der Platz für verschiedene Veranstaltungen wie Filmabende, Kochevents, Workshops, Partys und Konzerte zur Verfügung.

Was wir wollen...

... ist nichts weiter, als ein Gelände zu pachten, um unser seit fast 20 Jahren bestehendes Projekt fortzuführen. Leider sind geeignete Flächen in Oldenburg rar, weswegen wir bereits lange auf der Suche und seit 7 Jahren in anstrengenden und zähen Verhandlungen mit Politik und Stadtverwaltung sind: Momentan steht nur noch eine Fläche auf dem Fliegerhorst als Ausweichgelände zur Debatte – wer die Entwicklung um die Standortsuche in den letzten Jahren verfolgt hat, wird sich erinnern, dass immer ein zentraler Standort von uns gefordert wurde. Wir sollen uns nun glücklich schätzen, an den Stadtrand gedrängt zu werden und dann auch noch die Erschließung des Geländes selber zahlen. Und Politik und Verwaltung klopfen sich für ihre liberale Politik auf die Schultern.

Was geht mich die Wagenburg an?

Die Vertreibung vom Stau, die der Wagenburg gerade widerfährt, ist kein Einzelfall, sondern ein Beispiel: Die Verdrängung von bezahlbarem Wohnraum und alternativen Projekten aus den Stadtzentren, um klimatisierten Einkaufszentren und überteuerten Wohnungen Platz zu machen.

Wir wissen, dass nicht alle auf einer Wagenburg leben möchten und sich damit identifizieren können. Eine Stadt lebt aber auch durch die Vielfalt ihrer Bewohner_innen. Wo und wie Menschen wohnen, sollten alle nach ihren Wünschen entscheiden können - auch ohne deftiges Einkommen.

Warum also jetzt der Fliegerhorst?

Weil es die einzige uns angebotene Fläche ist, wo Wagenleben, wie wir es wollen, möglich scheint. Flächen, die wir ins Auge gefasst hatten, wurden meist wegen profitorientierter Städteplanung abgeschmettert. Nun lassen wir uns zähneknirschend und mit großen inneren Widerständen an den Stadtrand drängen, aber ein Ende der Verhandlungen bedeutet das noch lange nicht.

Das Aushandeln eines neuen Vertrages stellt sich schon im Vorfeld als kompliziert dar

Wir haben der Stadt mitgeteilt, dass wir auf den Fliegerhorst ziehen würden. Dies bezieht sich allerdings auf eine bestimmte Fläche, zu deren Verfügbarkeit sich die Stadt noch nicht genau geäußert hat. Klar ist der Stadt jedoch, dass wir für die kompletten Erschließungs- und Bereitstellungskosten aufkommen sollen. Sie erwartet, dass wir Strom-, Wasser- und Abwasserleitungen (150.000 €) bezahlen sollen, die von der Alexanderstraße abgehen würden. Offensichtlich scheint es nicht möglich zu sein, früher

verwendete Leitungen weiter zu benutzen. Zu den veranschlagten Kosten gehört ebenso ein Zaun (30.000 €), welcher das Gelände der BIMA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) vom städtischen Gelände abgrenzt. Demnach sind hierbei entstehende Kosten unserer Meinung nach Sache der BIMA und nicht unsere.

Die eventuelle Ansiedlung weiterer Projekte stellt eine Kostenteilung in Aussicht. Offen bleibt, wie sich die Kosten verteilen, wenn sie sich gegen den Fliegerhorst entscheiden. Wir sind jedenfalls nicht gewillt, diese Kosten zu übernehmen, die eine 300%ige Mieterhöhung für uns bedeuten.

Viele Gründe, die dafür sprechen, den Quadratmeterpreis zu senken.

Das Pachtverhältnis am Stau spülte 18 Jahre lang Geld in die Stadtkasse, für eine Fläche, die ansonsten ungenutzt geblieben wäre. Wir werden den Stau sicher nicht verlassen, um in eine überteuerte Stadtrandlage zu ziehen. Konsequenterweise wäre es an Investor_innen und Stadt, die Erschließungskosten für den Fliegerhorst zu tragen. Schließlich sind sie es, die den Stau in ein exklusives und prestigeträchtiges Objekt verwandeln wollen.

Kurz gesagt:

Wir wollen den Umzug nicht, sondern werden vom Stau vertrieben. Dabei wird erwartet, dass wir in hohem Umfang die entstehenden Kosten tragen. Kosten für ein Gelände, auf dem die Durchführung und Erreichbarkeit unserer unkommerziellen Kulturveranstaltungen und -projekte erschwert werden. Auch für uns persönlich ergeben sich viele Änderungen durch diesen ungewollten Umzug.

Mieten hoch – Leute raus – ganz normal?

Die Wagenburg, 13. April 2013

Mehr Infos unter:
www.wagenburg-im-stau-oldenburg.org

Ein bisschen Hunger, dann gehen die schon

Die Entwicklung der bundesdeutschen Asylpolitik

„Ein bisschen Hunger, dann gehen die schon“? Ferdinand Kirchhof, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, war außer sich. Es war Juni 2012, das Gericht befasste sich mit der deutschen Praxis, Asylsuchenden nur rund 220 Euro im Monat für ihren Lebensunterhalt zuzugestehen - deutlich weniger als Hartz IV (374 Euro). Nein, ließ der Prozessvertreter der Bundesregierung, Kay Hailbronner, sich vernehmen, Nahrung und auch Kleidung sollten Asylsuchende durchaus erhalten, doch spare man die im Hartz IV-Satz enthaltenen Gelder für das „sozio-kulturelle Existenzminimum“ ein. Jetzt blieb Verfassungsrichter Johannes Masing die Spucke weg. „Die Menschenwürde“, empörte er sich, könne doch wohl „nicht differenziert werden aus einem migrationspolitischen Interesse heraus“. Wieso denn nicht? Hailbronner hatte doch auf den Kern der Sache schon längst hingewiesen: Die Menschenwürde, hatte er erläutert, lasse sich nicht pauschalisieren. Sie sei „in einem großen europapolitischen und migrationspolitischen Kontext“ zu sehen, also relativierbar. Das saß.

Liberale Duftmarken

Lange Zeit rühmte sich die Bundesrepublik, mit der ursprünglichen Fassung des Asylparagraphen im Grundgesetz ein relativ liberales Zufluchtsrecht zu haben. In den 1950er und 1960er Jahren war das politisch nützlich. Nach einer Grundgesetzänderung und einer Vielzahl von Asylverordnungen ist davon nichts mehr übrig.

Gehört die Bundesrepublik heute zweifelsohne zu den Hardlinern der europäischen Fluchtabwehr, so hat sie sich in ihrer Frühzeit eine auch im internationalen Vergleich durchaus liberale Position in puncto Asyl geleistet. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, hieß es ganz lapidar in Paragraph 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes. Einschränkungen gab es nicht. Die frühe Bundesrepublik stand unter sorgfältiger Beobachtung der Alliierten, und so war sie, während sie viele alte Nazis zurück in Amt und Würden brachte, recht bemüht, ein paar liberale Duftmarken zu setzen - am besten dort, wo es nichts kostete. So wurden die Abschaffung der Todesstrafe und ein Asylparagraph ins Grundgesetz geschrieben, letzterer, wie es hieß, auch deshalb, weil man aus den NS-Mensch- heitsverbrechen gelernt habe und wisse, wie wichtig im Fall des Falles die Chance zu fliehen sei. Man wähnte sich sicher: Mit einer größeren Anzahl unerwünschter Flüchtlinge rechnete man damals nicht.

Im Gegenteil. Als das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Bonn verkündet wurde, gab es - abgesehen von den deutschen Flüchtlingen aus dem Osten, den „Vertriebenen“ - bereits Erfahrungen mit einer Art Asyl, die damals politisch durchaus positiv bewertet wurde. Gemeinsam mit den abziehenden deutschen Besatzern hatten sich zahlreiche NS-Kollaborateure in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik abgesetzt, um sich strafrechtlicher Verfolgung in ihren Herkunftsländern zu entziehen. Viele von ihnen wurden nach der Befreiung Deutschlands nicht abgeschoben, sondern durften im Land ihrer vormaligen Herren bleiben. Das hatte politische Gründe: Da die Kollaborateure ihre zuverlässig prodeutsche Haltung eindrucksvoll unter Beweis gestellt hatten, galten sie allgemein als wertvolles politisches Reservoir; nicht wenige von ihnen wurden sogar von diversen Geheimdiensten rekrutiert. Als eingefleischte Antikommunisten standen sie für Aktivitäten jeglicher Art gegen die realsozialistischen Staaten zur Verfügung.

Asyl für NS-Kollaborateure

Beispiele? Eine ganze Reihe ukrainischer NS-Kollaborateure, darunter für Massaker verantwortliche Antisemiten wie Stepan Bandera, etwa siedelte sich ab 1945 vor allem in Süddeutschland an. Viele von ihnen mischten in der Deutsch- Ukrainischen Gesellschaft mit, arbeiteten für die Exil-Hochschule Ukrainische Freie Universität München oder nahmen an den Konferenzen des Ukrainischen Nationalrats teil, der sich als „Staatszentrum im Exil“ verstand und sich gelegentlich ebenfalls in München traf. Den politischen Zweck beschrieb damals ein gewisser Paul Rohrbach, der bereits im Ersten Weltkrieg für das Auswärtige Amt Kontakte in die Ukraine gehalten hatte. Demnach kam es im Kampf gegen den Realsozialismus darauf an, die Sowjetunion zu zerlegen. Dazu müsse man ihre „zentrifugalen Kräfte“ stärken, zu denen das „ukrainische Volk“ mit „seinem Willen zu eigener Staatlichkeit“ gehöre; unter günstigen Bedingungen könne dies „zu einer fortschreitenden inneren Erschütterung der Sowjetmacht führen

und vielleicht eines Tages [...] zu ihrem Zusammenbruch". Für ein solches Ziel aber gewährte die Bundesrepublik einer ganzen Reihe einstiger ukrainischer NS-Kollaborateure bereitwillig Asyl. Zuflucht fanden auch zahlreiche Flüchtlinge aus anderen realsozialistischen Staaten. Das war ebenfalls nützlich: Manche ließen sich für antikommunistische Propaganda einspannen, und selbst diejenigen, die das nicht taten, konnten immer noch als Beleg dafür dienen, dass das kapitalistische eben doch das beliebtere System sei. Probleme mit dem Asyl recht hatte die Bundesrepublik bis in die 1970er Jahre hinein eigentlich nicht; dann allerdings wandelten sich die Dinge. Wegen der Ölkrise und der anschließenden Wirtschaftsflaute benötigte die bundesdeutsche Industrie, die seit 1955 Arbeitskräfte aus Südeuropa und Nordafrika ins Land geholt hatte, keinen Nachschub mehr; 1973 wurde deshalb ein „Anwerbestopp" verhängt. Nun hat der Asylparagraph des Grundgesetzes theoretisch natürlich nichts mit Arbeitsmigration zu tun; die politische Praxis interessiert sich jedoch nur selten für graue Theorie. Und so wirkte es sich natürlich auch auf die Haltung gegenüber Asylsuchenden aus, dass in zunehmendem Maße über die sogenannte Rückführung von „Gastarbeitern" diskutiert wurde. Im Juli 1982 beschloss die sozialliberale Bundesregierung erste Maßnahmen zur „Rückkehrförderung", 1983 folgte dann unter Kohl ein „Gesetz zur befristeten Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern".

Die restriktive Wende

Das alles hatte umso stärkere Folgen für Asylsuchende, als sich seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Anzahl wie auch der politische Hintergrund der Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik Asyl suchten, deutlich änderten. Zum einen flohen mehr Menschen; 1980 verzeichneten die Behörden erstmals mehr als 100.000 neue Asylanträge. Die Gründe lagen auf der Hand, und sie hatten nicht selten etwas mit der bundesdeutschen Politik zu tun. So trieb der Bürgerkrieg in Afghanistan, den nicht nur Washington, sondern auch Bonn mit seiner Unterstützung für die Mujahedin in ihrem Kampf gegen die Rote Armee mächtig anheizte, die Menschen in Scharen aus dem Land. Gleichzeitig vertrieb der NATO-Partner Türkei mit brutaler Repression Kurdinnen und Kurden und mit dem Putsch von 1980 auch nichtkurdischsprachige Linke. Politisch hatte die Bundesrepublik keine ernsthaften Einwände dagegen - schließlich benötigte man Ankara als stabilen, nicht von inneren Protesten gelähmten Verbündeten im Kalten Krieg. Die Mittel, die die Flüchtlinge benötigten, wollten die bundesdeutschen Behörden allerdings nicht bereitstellen, zumal es sich nicht um Asylsuchende handelte, die man im antikommunistischen Kampf oder anderweitig politisch instrumentalisieren konnte.

Der liberale Asylparagraph, einst durchaus nützlich für die Bundesrepublik, begann sich gegen ihre politischen Interessen zu wenden, und so ging Bonn daran, ihn mit deutscher Gründlichkeit außer Kraft zu setzen. Für die 1970er Jahre konstatiert selbst die staatliche Bundeszentrale für politische Bildung auf ihrem Webportal eine „defensive und restriktive Wende" in der Entwicklung des bundesdeutschen Asylrechts, die den Asylparagraphen des Grundgesetzes „auszuhöhlen begann". Das ließ sich zunächst noch auf interpretativem Wege bewerkstelligen. „Der zentrale Begriff der politischen Verfolgung wurde immer mehr verengt und seit Ende der 1970er-Jahre zunehmend verschoben von den Fluchtmotiven des Verfolgten, nämlich von der erlittenen oder befürchteten Verfolgung, zu den Gründen, aus denen der Verfolgerstaat die Verfolgung betrieb", beschreibt die Bundeszentrale die Entwicklung. So habe plötzlich Folter „in einem Verfolgerstaat, in dem die Tortur als Strafe oder Verhörinstrument üblich war, nicht mehr als ‚politische' Verfolgung" gegolten „und deshalb auch nicht mehr als zureichender Grund für Asyl in der

Bundesrepublik“. Weitere Schikanen kamen hinzu. 1980 etwa führte die sozialliberale Regierung die Visumspflicht für Bürgerinnen und Bürger der Türkei ein - mit Erfolg: Die Zahl der Flüchtlinge von dort ging sofort drastisch zurück. 1981 erreichte die Zahl derjenigen, die in der Bundesrepublik einen Asylantrag stellen konnten, nicht einmal mehr die Hälfte des Vorjahreswerts.

Nach Deutschland ins Lager

In den 1980ern verschärfte die Bundesrepublik ihren Kampf gegen Asylsuchende, die versorgt werden mussten, aus politisch-ökonomischer Sicht aber keinen besonderen Nutzen brachten, noch mehr. Die Mittel dazu waren simple Schikanen und Schüren einer aggressiven Stimmung in der Bevölkerung („Das Boot ist voll“); das sollte die Bundesrepublik als Fluchtland unattraktiv machen. 1982 wurde die Residenzpflicht eingeführt, die Asylsuchende ihrer Bewegungsfreiheit beraubt; sie gibt es in keinem zweiten Land der EU. Im selben Jahr wurde die Unterbringung von Flüchtlingen in „Gemeinschaftsunterkünften“ festgelegt; dieser Begriff sollte das im Ausland schwer vermittelbare, aber sachlich zutreffendere Wort „Lager“ vermeiden helfen. Als die Leiterin der Europa-Sektion des UN-Flüchtlingshilfswerks 1983 in einem internen Bericht schrieb, die Bundesrepublik habe mit den Lagern in „Europa einmalige Abschreckungsmaßnahmen gegen Asylsuchende“ getroffen, da konnte das bundesdeutsche Polit-Establishment sich eigentlich bestens verstanden fühlen. Der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hatte 1982 offen ausgesprochen, was andere nur klammheimlich dachten oder sich vielleicht nicht einmal eingestehen mochten: „Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren: Kommt nicht nach Baden-Württemberg, da müsst ihr ins Lager.“

Die nächste Phase der Asyl-Restriktionen hatte viel mit dem zu tun, was bis heute als „europäische Einigung“ gepriesen wird. Der Integrationsprozess, der in der Euro-Krise schließlich die offene Dominanz Deutschlands über die ökonomisch ausgepresste europäische Peripherie hervorgebracht hat, beinhaltete 1985 das erste Schengen-Abkommen. Es sah vor, zur Förderung des europäischen Binnenmarkts die Grenzkontrollen abzubauen, und wurde dem Publikum allgemein als Einführung unbeschränkter Reisefreiheit verkauft. In Bonn war damals klar, dass auch Asylsuchende auf die Idee kommen könnten, ungefragt über die geöffneten Grenzen in die Bundesrepublik zu reisen und dort um Zuflucht nachzusuchen. Dem trägt die Drittstaatenregelung Rechnung, die am 29. Mai 1993 verabschiedet wurde - in einer informellen großen Koalition als Änderung des alten liberalen Asylparagraphen im Grundgesetz bzw. als seine faktische Abschaffung durch das Hinzufügen diverser Ausnahmeregeln. Das Konzept war simpel: Wer aus einem Land in die Bundesrepublik eingereist ist, in dem man ebenfalls Asyl beantragen kann, wird sofort wieder dorthin abgescho-

ben oder gar gleich an der Grenze abgewiesen. Als „sichere Drittstaaten“ in diesem Sinne gelten in jedem Fall sämtliche EU-Länder, was bedeutet, dass Deutschland aufgrund seiner vielzitierten „Mittellage“ in Europa eigentlich jeden unerwünschten Flüchtling wieder loswerden kann. Wer es dennoch schafft, in die Bundesrepublik zu fliehen, und seinen Fluchtweg verschweigt, um nicht sofort abgeschoben zu werden, macht sich dafür verdächtig - und hat damit von vornherein schlechte Karten für das Asylverfahren.

Neuer Stacheldraht

Die Grundgesetzänderung galt in Bonn auch deswegen als dringlich, weil der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten aus bundesdeutscher Sicht ein gravierendes Problem geschaffen hatte: Die zuvor zuverlässig abgeschotteten Grenzen waren nun plötzlich durchlässig, was den Gegnern und Gegnerinnen von Mauerbau und Stacheldraht nun auch nicht wirklich passte. In der Tat stiegen die Flüchtlingszahlen ab 1989 rapide an und konnten erst 1993 wieder schrittweise gesenkt werden. Parallel zur Grundgesetzänderung ging Bonn deshalb daran, über Brüssel die Abschottung der EU-Außengrenzen mit neuem Stacheldraht voranzutreiben. Zusätzlich entwickelte die Bundesrepublik ihre Abschreckungstechniken gegenüber Asylsuchenden weiter. Dazu diente das zum 1. November 1993 in Kraft getretene Asylbewerberleistungsgesetz, das Asylsuchenden den Anspruch auf Sozialhilfe (heute: Hartz IV) nahm und ihnen eine um 25 Prozent niedrigere Summe zusprach, die zudem in Sachleistungen ausgezahlt werden könne. Pro Asyl sprach damals von „Menschenwürde mit Rabatt“.

Mindestens ebenso gravierend war jedoch, dass das bundesdeutsche Establishment hemmungslos die ohnehin aggressive Stimmung in der Bevölkerung gegenüber Asylsuchenden noch weiter anheizte. Die Medien spielten wie gewöhnlich umstandslos mit. 1991 titelte Der SPIEGEL „Ansturm der Armen“, BILD legte mit der Forderung „Asyl: Bonn, tu was“ nach. Im April 1992 las man im SPIEGEL: „Asyl. Die Politiker versagen“. Was tut man, wenn die Politiker unfähig sind? Man greift zur Selbsthilfe. Das war die Stimmung, die den Boden für Pogrome wie dasjenige in Rostock-Lichtenhagen bereiteten. Oft ist geäußert worden, die Hetze gegen Asylsuchende habe der Änderung des Asylparagraphen im Grundgesetz den Boden bereiten sollen, und dass sie Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten gewesen sei, sei nur eine Art tragischer Kollateralschaden gewesen. Wer auch immer damals mit welchen Absichten zu der unsäglichen Hetze beigetragen hat: Die rassistische Gewaltwelle zu Beginn der 1990er Jahre hat sicherlich mehr potenzielle Flüchtlinge in aller Welt ins Nachdenken gebracht, ob Deutschland der richtige Zufluchtsort sei, als Lothar Späths Lager- Buschtrommeln Anfang der 1980er Jahre.

Das Prinzip Abschreckung

Raus mit ihnen - das ist bis heute die oberste Maxime der deutschen Politik gegenüber Flüchtlingen geblieben. Inzwischen ist Berlin damit beschäftigt, seine brutalen Regularien so weit wie möglich auf die EU zu übertragen. Die „Drittstaatenregelung“ etwa ist im Kern mit der „Dublin-II-Verordnung“ zu einer europäischen Norm geworden: „Dublin II“ sieht vor, dass, wer in der EU Asyl sucht, den Antrag dazu in demjenigen Staat stellen muss, über den er oder sie in die EU eingereist ist. Da die wenigsten Asylsuchenden sich ein Flugticket leisten können, bedeutet das nichts anderes, als dass Asylverfahren weitestgehend von denjenigen Staaten erledigt werden müssen, die an den Außengrenzen der EU liegen. Die Bundesrepublik, ökonomischer Kern und Zentralmacht des Kontinents, kann ihren Reichtum und ihren Einfluss weiter mehren, ohne in größerem Umfang Zeit und andere Ressourcen an Flüchtlinge verschwenden zu müssen. „Frontex“ sorgt immer perfekter dafür, dass die Abschottung schon an den EU-Außengrenzen funktioniert. Und Berlin treibt auch die bewährte Abschreckung von Flüchtlingen in der EU voran. Als das Europaparlament im September 2012 Beschlüsse zum europäischen Asylsystem fasste, hielt die Frankfurter Allgemeine Zeitung ein durchaus charakteristisches Detail fest. Asylsuchenden, berichtete das Blatt, solle nach dem Willen der Abgeordneten in Strasbourg „ein ‚angemessener Lebensstandard‘ geboten werden“. Er dürfe allerdings deutlich „unter dem Sozialhilfesatz für Einheimische liegen“: „Dafür hatte sich besonders die Bundesregierung eingesetzt.“

aus: LOTTA #50

Der NSU und das antifaschistische Schweigen

Die linke Auseinandersetzung mit den NSU-Morden ein Jahr nach ihrem Bekanntwerden

Als sich vor etwa einem Jahr der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) mit einem lauten Knall selbst enttarnte, waren Antifa-Strukturen angesichts einer Nazi¬Gruppe, die 13 Jahre lang unerkannt in der ganzen BRD genauso gezielt wie unberechenbar gemordet hatte, ähnlich überrumpelt wie die restlichen hilflosen Zuschauer_innen. Die Details der Ermittlungen, das »Versagen« der zuständigen Behörden und die wöchentlichen Skandale in den zuständigen Untersuchungsausschüssen sind seit einem Jahr in einigen erfreulich konsequent berichtenden Medien (publikative.org, NSU-watch, Süddeutsche Zeitung, taz u.a.) nachzulesen und sollen hier nicht Thema sein. An dieser Stelle beschäftigen viel mehr die eigenen Strukturen, denn hatte nicht auch die Antifa versagt, indem sie die Morde falsch interpretiert und den polizeilichen Verlautbarungen leichtfertig Glauben geschenkt hatte? Wurde auch von ihr die Gefahr bewaffneter Nazi-Gruppen nicht ernst genug genommen? Und vor allem, wo ist »die Antifa« nach dem Bekanntwerden der NSU-Morde geblieben?

Gelegenheiten, auf die Mordserie und ihren rassistischen Hintergrund aufmerksam zu werden, hatte es für die Antifa durchaus gegeben. Beispielsweise als im Mai 2006 über 3000 Menschen, vor allem deutsch-türkische Familien sowie Angehörige und Freund_innen von Halit Yozgat unter dem Motto »Kein 10. Opfer - Stoppt die Mörder« durch Kassel zogen oder rund zwei Monate später ein Schweigemarsch durch Dortmund stattfand.[1] Die Demonstrant_innen hatten ohne Kenntnis der

Nazibande die brutale Botschaft des NSU verstanden: dass der Angriff nämlich ihnen als Kollektiv galt. Das damit zusammenhängende Gefühl von Unsicherheit und Schutzlosigkeit war groß und schon damals wurde auf das fehlende öffentliche Interesse für die Morde hingewiesen sowie die mangelnde Solidarität durch die Mehrheitsgesellschaft angeprangert: »Auch die Deutschen sollen sich verantwortlich fühlen. Warum reagiert man auf solche Taten nicht wie auf Terroranschläge, fragen sich die Hinterbliebenen. Und warum wurden nach den ersten sieben Toten nur 3000 Euro für Hinweise geboten? Ist das Leben von Türken so billig?«[2]

Nicht mit bewaffneten Nazi-Gruppen gerechnet?

Mit dem Wissen von heute erscheinen die Ergebnisse der damaligen Antifa-Recherche in einem anderen Licht. So manche, die Ende der neunziger Jahre aktiv war, hat sie alle in den Händen gehabt, die Papiere, die den Kampf im Untergrund bewarben. Damals wurden die Konzepte von »leaderless resistance« und »lone wolf« von militanten Nazi-Strukturen verbreitet und der Mythos der »deutschen Freischärler«, Himmlers Werwolfeinheiten, in diversen Publikationen aufbereitet. Regelmäßig wurden bei Hausdurchsuchungen scharfe Waffen gefunden, deutsche Combat 18-Gruppen verübten Anschläge und Kay Diesner [3]

Der Thüringische Heimatschutz war seit Mitte der neunziger Jahre als militante Anti-Antifa-Kameradschaft bekannt und das Untertauchen von Uwe Bönhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe bestens dokumentiert. Hätte man sich damals schon ausmalen müssen, dass verhinderte Bombenleger_innen, die sich der Verhaftung entziehen und untertauchen, damit nicht aus der Welt sind? [4]

Die deutschen Nazis haben die Botschaft des NSU auf jeden Fall auch verstanden und dessen mörderische Aktivitäten schon vor Jahren mit Liedern und Danksagungen untermalt. [5]

Doch im Nachhinein das eigene Versagen festzustellen ist in diesem Fall aus zweierlei Hinsicht müßig. Zum Einen, weil sich altes Wissen zwar unter anderen Vorzeichen betrachten lässt, es jedoch für anderes Handeln zu spät ist. Zum Anderen, weil der Verweis auf das eigene Versagen eine Ausrede ist, die deshalb auch mantrenhaft auf die ermittelnden Behörden angewandt wird, weil sie eine eigentlich gute Einrichtung unterstellt, die nur in diesem Fall fehlerhaft gehandelt hat.

»Was können existierende linke Strukturen gegen bewaffnete Nazis ausrichten, die offenbar zu allem entschlossen sind, auch sich lieber umzubringen, als der Polizei in die Hände zu fallen?«

Die Stille im Land

Wirklich schmerzhaft bewusst wurde die weitgehende Abwesenheit von Antifa-Strukturen aber in der Zeit ab November 2011. Der zivilgesellschaftliche Aufschrei, der angesichts der rassistischen Mordserie und der damit zusammenhängenden Enthüllungen zu erwarten war, blieb aus und erschöpfte sich in offiziellen Ansprachen und den üblichen deutschen Ankündigungen, ab jetzt aber wirklich ein bisschen strenger mit den hauseigenen Nazis zu sein. Ansonsten herrschte »Stille im Land«. [6] Und auch von denen, die sich doch auf die Fahnen geschrieben haben, den Frieden in diesem Land zu stören, wurde diese Stille kaum durchbrochen. Schon nach einigen Wochen schienen die Morde des NSU und vor allem die Ermordeten für die meisten Antifa-Gruppen kein Thema mehr zu sein. Bis auf einige linke Journalistinnen, Politikerinnen und Recherche-Strukturen, die in Blogs und Untersuchungsausschüssen bis heute Kontinuität beweisen, hat sich die Antifa offensichtlich weitgehend von ihrem ureigensten Terrain zurückgezogen.

Sicher lösen die Taten des NSU Hilflosigkeit aus. Die Morde sind schon Jahre her, Böhnhardt und Mundlos sind tot, Zschäpe ist in Haft. Das klassische interventionistische Parolenrepertoire von »verhindern, blockieren, abschaffen, aufs Maul« läuft hier ins Leere und so entblößen sich Schwächen und Grenzen antifaschistischer Strukturen. Denn was hätte der vielbeschworene Antifa- Selbstschutz verhindert? Was können existierende linke Strukturen gegen bewaffnete Nazis ausrichten, die offenbar zu allem entschlossen sind, auch sich lieber umzubringen, als der Polizei in die Hände zu fallen?

Spätestens seit den neunziger Jahren ist der zwanghaft kämpferische Habitus linksradikaler Gruppen nicht nur eine schlechte propagandistische Tradition, sondern auch die durchschaubare Kompensation der eigenen Ohnmacht. Dieser Habitus hat oft etwas karikaturenhaftes, wenn mal wieder der »Kapitalismus abgewrackt«, »Deutschland ausgeschaltet« oder »Nazis weggebasst« werden sollen. Das Verleugnen und Verdrängen der eigenen Ohnmacht taugt vielleicht zum Schutz vor Verzweiflung, macht aber auch dumm und stumpft ab.

Auch in diesem Fall stellte sich die Antifa weniger ihrer eigenen Ohnmacht, als dass die Morde des NSU umgehend politisch instrumentalisiert wurden. Sicher ist die Rolle des Verfassungsschutzes in der Causa NSU von besonderer Widerwärtigkeit. Doch mutet es ungewöhnlich an, dass »VS abschaffen« angesichts zehn von Nazis ermordeter Menschen zur populärsten Parole antifaschistischer Gruppen wurde, als hätte der VS selbst gemordet. Es mussten also die Toten herhalten für eine linke Abrechnung mit den aktuellen Lieblingsfeinden: den staatlichen Repressionsorganen, der Extremismustheorie und dem Antikommunismus.

»Wut und Trauer« haben sich scheinbar nicht eingestellt. Die Toten waren eben keine »von uns« wie Carlo Giuliani oder Alexandros Grigoropoulos, deren

Ermordung bis heute Spontandemos und Mahnwachen nach sich ziehen, obwohl ich unterstelle, dass die wenigsten der dort Beteiligten die beiden besser kannten.[7] Auch wenn der Vergleich unangenehm anmutet, möchte ich zum Nachdenken darüber anregen, was wohl losgewesen wäre, wenn im November 2011 die gezielte Ermordung von neun Antifas aufgedeckt worden wäre? Oder um es mit dem Beteiligten an der Demo in Kassel zu sagen: »Ist das Leben von Türken so billig?«

Dabei sind einige der Repräsentant_innen der Gewalt bekannt und bis auf Rolf Wohlleben sind alle Unterstützer_innen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe wieder auf freiem Fuß. Obwohl sie mitverantwortlich sind für die Ermordung von Enver Simsek, Abdurrahim Özüdogru, Süleyman Tasköprü, Habil Kilig, Yunus Turgut, Ismail Yasar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubasik, Michele Kiesewetter und Halit Yozgat. Der polizeiliche Druck auf die NSU-Helfer_innen hat nachgelassen und Verurteilungen sind auf Grund von Verjährungsfristen fraglich - von Antifaschistischem Aktion war bisher nichts zu spüren.

Es wäre zu einfach, eine alles erklärende Ursache für die antifaschistische Sprachlosigkeit zu identifizieren. Sicher wird vielen guten Initiativen aus dem letzten Jahr Unrecht getan, die sich nicht im Kollektiv der schweigenden Linksradikalen wiederfinden wollen. Doch das Schweigen ist zu groß, um es zu ignorieren, zu eklatant, um es sich nicht zum Vorwurf zu machen.

»Das Schweigen ist ein Schock«, sagt Ercan Y. und meint weiter: »Als allererstes erwarte ich, dass Antifaschist_innen auf die Familien der Ermordeten und Verletzten zugehen und sie fragen, welche Unterstützung sie brauchen und was sie sich wünschen. Eine antifaschistische Linke sollte sich daran erinnern, dass sie eine Verantwortung für die gesellschaftlichen Zustände hat und auch entsprechend verantwortlich handeln muss. Ich vermisse die Sensibilität, die Antifaschist_innen in den 1980er und I990ern gezeigt haben, als wir gemeinsam gehandelt und nicht darauf gewartet haben, dass andere die Initiative ergreifen.«[8]

Was verhindert ein solches Handeln, das sich auch an den Betroffenen orientiert? Wie ist es möglich, dass einzig der Staat den Rahmen vorgibt, in dem Konsequenzen aus den Morden und der Verstrickung der Sicherheitsbehörden verhandelt werden, während die antifaschistische Linke sich weitgehend passiv verhält? Ist es die habitualisierte antifaschistische Offensivität, die hier an der Realität scheitert? Ist es der Zynismus einer von Empathie befreiten Ideologiekritik, die so oft beschworene und sicher auch reale, allgemeine Schwäche der radikalen Linken oder - und diese These will ich hier näher verfolgen - eine strukturelle Bewusstlosigkeit gegenüber dem Ausmaß rassistischer Gewalt, deren Bekämpfung weiße Antifaschist_innen sich zwar auf die Fahnen schreiben, die sie jedoch meist nicht selbst erleben?

Es gibt neben antifaschistischer Sprachlosigkeit und herrschaftspolitischem Sicherheitsdiskurs (NPD-Verbot, Aufstockung der Sicherheitsbehörden, Nazi-Datei usw.) noch einen weiteren Strang der Auseinandersetzung mit dem Geschehen rund um den NSU. Antirassistische Aktivistinnen, Journalistinnen, Künstlerinnen, Wissenschaftler_innen[9] aus unterschiedlichen Kontexten melden sich seit einem Jahr mit Beiträgen zum NSU zu Wort. Viele hatten sich schon lautstark in die sogenannte Integrationsdebatte eingemischt, die der Veröffentlichung von Thilo Sarrazins Machwerk »Deutschland schafft sich ab« folgte.

Diese Beiträge haben ganz klar Rassismus als das zentrale Verhältnis ausgemacht, das sich in den Mordtaten, in den polizeilichen Ermittlungen und auch in dem zivilgesellschaftlichen und linken Desinteresse widerspiegelt: »Für viele People of Color sind die NSU-Morde [...] ein weiterer Beweis für ihre eigene Ausgrenzungserfahrungen in der deutschen Gesellschaft. So gesehen werden die NSU-Morde vermutlich wenig verändern, sondern stellen nur einen neuen Tiefpunkt in der rassistischen Dauerkrise dar«.[10]

Rassismus, der quer durch die Gesellschaft geht - auch durch ihren linken Teil

Dabei geht es nicht um Gleichsetzung der rassistischen Anschauungen von Nazis, Sicherheitsbehörden und linken Aktivistinnen. Rassismus meint hier keine Einstellung, sondern »eine gesellschaftliche Realität strukturierende Größe«,[11] eine Zuschreibungspraxis, die über Ein- und Ausschlüsse, über Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit entscheidet. Die Verlaufslinien rassistischer Ordnungen sind historisch und regional unterschiedlich. In Deutschland wurzeln sie im Rassedenken der deutschen Aufklärung, dem deutschen Kolonialismus und der totalen Rassifizierung der Gesellschaft durch den Nationalsozialismus. Die heute wirksame Zuschreibungspraxis ist eng gebunden an ein ethnisierendes Konzept von nationaler Zugehörigkeit in Form eines Staatsbürgerschaftsrechts, das seine Ursprünge im Kaiserreich hat und erst im Jahr 2000 juristisch verändert wurde.

»Privilegiert zu sein, bedeutet eben auch, sich raushalten zu können.«

Rassistische Zuschreibungspraxen sind nicht zwangsläufig gewaltförmig, sondern ganz alltäglich. Der sogenannte Migrationshintergrund zum Beispiel schreibt über Generationen ein Anderssein fest, das im politischen Diskurs häufig an bestimmte Vorannahmen über angebliche Wertvorstellungen oder kulturelle Praxen gekoppelt ist. Die ausgrenzende Vokabel des »Ausländers« wird damit zwar sprachlich entschärft, ihr Effekt aber nicht aufgehoben. Der Migrationshintergrund definiert über die Abgrenzung auch immer wieder die Einschlüsse, das »Wir« der Deutschen ohne Migrationshintergrund.[12] Diese Kategorien machen vor linken Zusammenhängen nicht halt. Bis heute wird auch in Antifa-Publikationen gerne von Migrant_innen geredet, auch wenn die gemeinten Menschen nie migriert sind, sondern höchstens ihre Eltern oder Großeltern.

Rassismus bestimmt als eine von vielen Zuschreibungspraxen, was als normal gilt und was als abweichend. Dass der gängige Normalitätsentwurf seit Kant und bis heute der weiße, heterosexuelle, gesunde und mit Bildung ausgestattete Mann ist, dürfte auch in Antifa-Gruppen ein alter Hut sein. Wie es aber das Erleben und die Erfahrungen beeinflusst, sich auch im Spiegel der Anderen ganz uneingeschränkt als Mensch erleben zu dürfen oder aber als nicht zugehörig, andersartig, fragwürdig betrachten zu müssen - das ist ein Unterschied ums Ganze. Diesen Unterschied wahrzunehmen und bewusst zu machen, ohne die damit verbundenen Abgrenzungen zu reproduzieren, ist eine Reflexionsarbeit, die immer wieder eingefordert werden muss.

In der antirassistischen (Bildungs-)Arbeit spielt die Reflexion rassistischer Sortierung und damit verbundener Privilegien und Haltungen inzwischen eine wichtige Rolle. Dabei geht es sowohl um institutionelle Diskriminierungen, aber eben auch um Folgen für die alltäglichen Interaktionen, unter anderem im politischen Aktivismus. Ein solcher struktur- und selbstreflexiver Ansatz hebt sich von Modellen ab, die Rassismus vor allem als feste Ideologie identifizieren. Wo nur ganz bestimmte Einstellungen oder Äußerungen als rassistisch oder Personen als Rassist_innen gebrandmarkt werden, fehlt die Wahrnehmung für die wirkmächtigen Positionierungen, die rassistische Ordnungen vornehmen. Rassismus wird in einer so verkürzten Betrachtung als Ausgrenzungsmechanismus wahrgenommen, von dem ausschließlich rassistisch Diskriminierte betroffen sind. Doch wir »alle machen Erfahrungen in diesem System, entwickeln psychosoziale Dispositionen, abhängig von unserer Position im System rassistischer Unterscheidungen. [...] Und diese Zugehörigkeitserfahrungen [...] haben nicht allein etwas mit Teilhabemöglichkeiten zu tun, sondern sind Erfahrungen, die sich in den Körper einschreiben [...] und dadurch zu einem Habitus werden«.[13]

Der (Erfahrungs-)Horizont ist weiß

Von der Positionierung im rassistischen System ist auch abhängig, welche Geschichten erzählt werden und welche Erfahrungen unsichtbar bleiben. Ein aktuelles Beispiel ist die antifaschistische Aufarbeitung der rassistischen Pogrome der neunziger Jahre. Es ist sicher erfreulich, dass die neuerliche Thematisierung von gesellschaftlichem Rassismus in der Auseinandersetzung mit dieser Zeit eine zentrale Rolle spielt. Und doch ist in der linksradikalen Geschichtsschreibung ein deutliches Übergewicht von Erzählungen zu verzeichnen, die eine weiße und damit eine privilegierte Perspektive einnehmen. Es sind Erzählungen von politischer Organisation, von militanten Auseinandersetzungen mit Nazis, von den zerbrechenden revolutionären Hoffnungen der achtziger Jahre - der Blick auf die rassistische Gewalt dieser Tage bleibt zwangsläufig beschränkt und äußerlich. Die unzähligen anderen Perspektiven auf diese Zeit werden so trotz bester Intentionen unsichtbar gemacht, auch indem deren Akteur_innen auf einen entmündigenden Status von Opfern reduziert werden, denen sich linker Antifaschismus paternalistisch zuwendet. Das gilt zum Beispiel für die »Zeitzeug_innenberichte« aus Rostock-Lichtenhagen[14] scharf kritisiert.

»Mit einem deutschen Pass in der Tasch
staatskritische und antikapitalistische Gradlin
Der um jeden Preis revolutionäre und maximal
Konsequenz meist als Identitätspolitik einer weitgeh
vor dem Hintergrund einer (im Nac

Es zeugt von eben jener Bewusstlosigkeit, diese Erfahrungen in einen Topf zu werfen und linke Aufbrüche in einer Zeit abzufeiern, in der fast täglich Häuser und Flüchtlingsunterkünfte brannten und rassistische Gewalt für viele eine ständige Begleiterin war.[15] Was in der Veranstaltungsankündigung als »Zeit voller Widersprüche« beschrieben wird, markiert vielmehr ein Verhältnis, in dem weiße Antifaschist_innen seit jeher leben und das zwangsläufig ihre Wahrnehmung prägt, nämlich nicht selbst Zielscheibe rassistischer Gewalt zu sein. Privilegiert zu sein, bedeutet eben auch, sich raushalten zu können. Sicher waren und sind auch weiße Linke Angriffen durch Nazis und andere Deutsche ausgesetzt - in manchen Gegenden ist dies vielleicht sogar alltäglich. Ihre Rolle in der Auseinandersetzung bleibt jedoch eine andere. Sie ist Ergebnis der eigenen Haltung und nicht von außen aufgezwungen und sie lässt sich ein Stück weit durch Konspirativität, Kleiderwahl und manchmal auch Rückzug vermeiden.

Kurz nach dem Pogrom in Hoyerswerda 1991 gab es Auseinandersetzungen über das Spannungsfeld zwischen Aktivist_innen, die dem Anspruch nach Rassismus bekämpfen und denen, die ihm zusätzlich noch tagtäglich ausgesetzt sind. Café Morgenland formulierte damals eine scharfe Absage an die »linksdeutschen« Autonomen: »Es geht erst einmal primär um ein Wissen über die Bedingungen, unter denen Flüchtlinge und Migrantinnen hier leben müssen. Die wenigsten von euch wissen, wie es auf der Ausländerbehörde aussieht. Nachvollziehen, was es heißt, dort um Aufenthalt zu betteln, könnt ihr nicht. Nachvollziehen was es heißt, den Mund aufzumachen, und alle wissen spätestens jetzt, dass du keinE DeutscheR bist, könnt ihr nicht. Ihr könnt auch nicht nachvollziehen, was es heißt, sich immer dessen bewusst zu sein, dass alle von dir ein >normales< Verhalten erwarten, und du kennst ihre Norm nicht. [...] Die Auseinandersetzung mit Rassismus ist für uns keine revolutionäre Heldentat, sondern Alltag. [...] Die anti-faschistische/rassistische Arbeit ist für viele von euch ein zu defensives Konzept. Euch fehlt die Vorstellung einer Utopie. [...] Wir denken, dass da euer wirkliches Problem liegt: die Auseinandersetzung mit Rassismus ist für euch, wenn überhaupt, ein theoretischer Anspruch«.[16]

Hinterm Horizont geht‘s weiter...

Im Verlauf der neunziger Jahre kam es zu einer immer stärkeren Trennung und Explizierung antifaschistischer und antirassistischer Politiken. Widersprechende Einschätzungen zur rassistischen Formierung in Deutschland mögen dabei ebenso eine Rolle gespielt haben wie unterschiedliche Politikansätze. Unter anderem die Tendenz, die Radikalität von Kämpfen an ihrer Militanz und der zur Schau getragenen Unversöhnlichkeit zu messen, hat schon damals dazu geführt, dass antirassistische Teilbereichskämpfe für eine sich über Aktionismus definierende Antifa eher uninteressant waren. Dieses Desinteresse scheint sich mit der Popkultur- und Lesegruppenorientierung der letzten zehn Jahre eher noch verstärkt zu haben. Bei strammen Staatskritiker_innen werden Kämpfe um gleiche Rechte dann gar als affirmativ, moralisierend und nicht systemtranszendierend kritisiert.

Mit einem deutschen Pass in der Tasche und all den damit verbundenen (Rechts-)Sicherheiten im Rücken ist radikale staatskritische und antikapitalistische Gradlinigkeit, zumindest bis zur Schallmauer der Militanz, recht gefahrlos zu haben. Der um jeden Preis revolutionäre und maximal kritische Habitus, der von Realpolitik nichts wissen will, entlarvt sich in der Konsequenz meist als Identitätspolitik einer weitgehend abgesicherten und mit vielen Privilegien ausgestatteten Jugendsubkultur vor dem Hintergrund einer (im Nachgang alliierter Verordnungen noch) vergleichsweise liberalen Demokratie. Sich von denen zu entsolidarisieren, die sich ohne solche Sicherheiten in Auseinandersetzungen mit diesem Staat begeben, zeugt von deutlicher Ignoranz der eigenen Position und vor allem der Existenz unterschiedlicher Realitäten gegenüber.

E UND ALL DEN DAMIT VERBUNDENEN (RECHTS-) SICHERHEITEN IM RÜCKEN IST RADIKALE
NIGKEIT, ZUMINDEST BIS ZUR SCHALLMAUER DER MILITANZ, RECHT GEFAHRLOS ZU HABEN.
KRITISCHE HABITUS, DER VON REALPOLITIK NICHTS WISSEN WILL, ENTLARVT SICH IN DER
HEND ABGESICHERTEN UND MIT VIELEN PRIVILEGIEN AUSGESTATTETEN JUGENDSUBKULTUR
CHGANG ALLIIERTER VERORDNUNGEN NOCH) VERGLEICHSWEISE LIBERALEN DEMOKRATIE.«

Auch das Desinteresse an den vom NSU Ermordeten und den Bedürfnissen und Forderungen der Überlebenden ist ein Ausdruck dieser Ignoranz. Es ist an der Zeit, nach Möglichkeiten zu suchen, diese Ignoranz aufzubrechen und unterschiedliche Perspektiven auszutauschen. Um bestehende Machtverhältnisse in der Praxis nicht zu reproduzieren, bedarf es außerdem einer ernsthaften und vor allem auch (selbst-)reflexiven Beschäftigung mit Rassismus und anderen mächtigen Differenzierungsmechanismen. Der Blick über den Antifa-/»Szene«-Tellerrand, der Austausch von Erfahrungen und die Reflexion von Privilegien sind Wege zu einem besseren Verständnis gesellschaftlicher Ordnungs- und Ausgrenzungsmechanismen hin zu einer politischen Praxis, die inmitten und trotz realer Macht- und Deutungsunterschiede der Protagonistinnen gemeinsames Handeln zum Ziel hat, ohne diese Unterschiede zu reproduzieren. Die politische Auseinandersetzung um den NSU, um Nazis und Staat, alltäglichen und institutionellen Rassismus ist nicht zu Ende. Für ein antifaschistisches Einlenken, das gemeinsam mit den Überlebenden und anderen, die sich zu Wort melden, das deutsche Schweigen durchbricht, ist es nicht zu spät.

Fußnoten:

1. Ulli Jentsch, Rassismus tötet. Hundert Tage Aufregung über den NSU, monitor Nr. 54, Februar 2012.

2. Kai Müller, Neun Tote in sechs Jahren - Polizei ist ratlos, Der Tagesspiegel vom 1.10.2006.

3. Diesner erschoss auf der Flucht vor der Polizei einen Beamten, nachdem er in Berlin den Buchhändler Klaus Baltruschat, der in seinem Laden vornehmlich politische Literatur vertrieb, schwer verletzt hatte.

4. Dass solche Folgerungen nicht stattfanden, mag an der neuen Form der Gewalt gelegen haben, wie im Antifaschistischen Info Blatt nachvollziehbar festgestellt wird: »Die Taten selbst wurden nicht als rechte Tötungsdelikte erkannt, entsprachen sie doch nicht dem bekannten Schema der vergangenen zwanzig Jahre. Das Alarmsystem schrillt auf bei Anschlägen, die denen von Rostock, Hoyerswerda, Mölln oder Solingen ähneln. Es funktioniert auch bei rechten Straßenschlägern wie im Fall von Kamal Kilade in Leipzig, doch es versagte bei den organisierten, stillen Hinrichtungen des NSU. Das Erschießen als geplante Tötung ohne das sonst typische propagandistische Bekenntnis passte nicht in die bekannten Muster.« Antifaschistische Linke Berlin: Nur zehn Tote mehr?, AIB #94.

5. U.a. Patrick Gensing, „Denn neun sind nicht genug.“, Publikative.org vom 16.11.2011, und apabiz, „Vielen Dank an den NSU“ - Was wusste der „Weisse Wolf“?, NSU-Watchblog vom 02.03.2012

6. Zur »Stille im Land« siehe: http://buendnis-gegen-das-schweigen.de/.

7. Giuliano wurde 2001 in Genua, Grigoropoulos 2008 in Athen von Polizisten erschossen.

8. Apabiz, »Das Schweigen ist ein Schock«, NSU Watchblog vom 02.04.2012.

9. Imran Ayata, Kien Nghi Ha, Mely Kiyak, Kutlu Yurtseven, Café Morgenland, das Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung u.v.m.

10. Kien Nghi Ha: Ein Tiefpunkt in der rassistischen Dauerkrise, http://www.migazin.de/2011/12/22/ein-tiefpunkt-in-der-rassistischen-dauerkrise/.

11. Paul Mecheril, Die Normalität des Rassismus, in: IDA NRW, Dokumentation des Fachgesprächs »Normalität und Alltäglichkeit Rassismus«, http://www.ida-nrw.de/cms/upload/PDF_tagungsberichte/Tagungsdoku_Alltagsrassismus.pdf, 11..

12. Ebd.

13. Ebd.

14. Z.B. AIB, »Es waren nicht die bleiernen Jahre«, AIB #95

15. http://www.avanti-pr0jekt.de/news/linke-p0litik-anfang-der-90er-0stdeutschland

16. Café Morgenland, Über Leichen sie gehen, http://www.cafem0rgenland.net/archiv/2012/2012_09_12_ueber_leichen_gehen.htm.

geklaut aus: phase2 nr. 44/ 2012

Der im Oktober letzten Jahres wiedergewählte Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, starb am 5. März 2013 an Krebs. Durch ihn wurde die „Bolivarische Revolution" (oder auch „Bolivarismus"; der Name bezieht sich auf Simón Bolívar (1783-1830), welcher als Befreier großer Teile Lateinamerikas von der spanischen Kolonialherrschaft gilt) auf den Weg gebracht. Dieser anti-neoliberale Prozess findet zum einen auf Regierungsebene statt, schließt zum anderen aber auch soziale Basisbewegungen ein und hat in den letzten Jahren in Venezuela einiges bewegt. So sank z.B. der Anteil der Haushalte, die (nach Regierungsstatistiken) in Armut leben, von mehr als 50% auf etwas mehr als 25%. Dem Anspruch, dass sich Demokratie und Partizipation nicht auf Parlamentswahlen beschränken dürfen, wurde mit dem Aufbau kommunaler Strukturen der politischen und sozialen Selbstverwaltung Rechnung getragen.
Chávez Tod bedeutet einen herben Verlust für viele Menschen, nicht nur in Venezuela, sondern in ganz Lateinamerika. Wir hoffen, dass die venezolanische Linke stark genug ist, die „Bolivarische Revolution" auch ohne Chávez fortzuführen. Eine Einschätzung dazu von Raul Zelik drucken wir unten ab.
Nachtrag: Am 14. April gewann Chávez' Wunschnachfolger Nicolás Maduro die Präsidentschaftwahlen gegen den Kandidaten der Opposition, Henrique Capriles, mit einem hauchdünnen Vorsprung .

die Redaktion

Venezuela nach Chávez

Über die mögliche Zukunft des Chavismus als lateinamerikanisch-soziales Reformprojekt

Regierungskontinuität, Rechtsruck, Bürgerkrieg oder populare Demokratisierung - nach Chávez' Tod sind zunächt alle Szenarien in Venezuela denkbar.

Der politische Wechsel, der nach dem Tod von Präsident Chávez ansteht, stellt die venezolanische Linke vor enorme Probleme. In den vergangenen 20 Jahren war der „bolivarische Prozess" so eng mit der Figur des Präsidenten verwoben, dass man sich ein linkes Projekt ohne diesen nicht recht vorstellen konnte: Dass Basisbewegungen, Militärs, linke GewerkschafterInnen und Teile der Mittelschichten in den 1990er Jahren überhaupt zu einer politischen Bewegung zusammenfinden konnten, war Chávez' Charisma und seiner (den Bolivarismus in viele Richtungen offen haltenden) Ambiguität geschuldet. Wenn die Bewohner der Armenviertel zwischen 2002 und 2005 immer wieder massenhaft gegen rechte Umsturzversuche im Land auf die Straße gingen, dann deshalb, weil die nicht-weiße Mehrheit der VenezolanerInnen sich durch den Präsidenten erstmals politisch repräsentiert sah. Und dass der Veränderungsprozess trotz des unübersehbaren Aufstiegs einer neuen „bolivarischen" Staatsbourgeoisie bis heute nach wie vor breite Unterstützung genießt, hatte schließlich auch weniger mit der Politik der Regierung als solcher als mit der Glaubwürdigkeit ihres Präsidenten zu tun.

„Du wirst für immer leben!" - Abschied von Chávez

Das Problem der „bolivarischen Revolution" besteht aber nicht nur darin, dass Chávez' Popularität fehlen wird. Nicht minder gravierend ist, dass das Regierungslager über kein eindeutig definiertes politisches Projekt verfügt. Der Chavismus setzt sich aus heterogenen Interessen und Strömungen zusammen. Allein in der regierenden Vereinten Sozialistischen Partei (PSUV) lassen sich mindestens vier Flügel ausmachen: Neben der Gruppe um Vizepräsident Nicolás Maduro, der als Kandidat der venezolanischen Linken in den Präsidentschaftswahlkampf gehen wird, gibt es die Fraktion um den Ex-Militär

Diosdado Cabello, den Basisgruppen als Vertreter der aufstrebenden „Boli-Bourgeoisie“ bezeichnen. Eine dritte Strömung, die von Rafael Ramírez, dem Chef des staatlichen Ölkonzerns PDVSA, repräsentiert wird, will die ölfinanzierte Wohlfahrtspolitik vertiefen und verfolgt eher sozialdemokratische Ziele. Eine vierte Position schließlich nimmt Ex-Vizepräsident Elias Jaua ein, der der wichtigste Ansprechpartner für die sozialen Bewegungen in der Regierung. (Welche Rolle Jaua, der erst vor wenigen Wochen zum Außenminister ernannt wurde, in der venezolanischen Innenpolitik spielen wird, ist jedoch unklar.)

Neben diesen Fraktionen in der Regierungspartei PSUV gibt es zudem zahlreiche Gruppen, die sich zwar der „bolivarischen Revolution“ und ihrem „Comandante“ verpflichtet fühlen, den Staatsfunktionären jedoch abgrundtief misstrauen. Bemerkenswerterweise hat gerade dieses ungeklärte Verhältnis die Reformpolitik im Land bislang in Gang gehalten. Basisbewegungen fanden in der Regierung und v.a. in Chávez selbst einen Ansprechpartner, blieben gegenüber den staatlichen Strukturen aber auf Distanz und konnten so nicht völlig kooptiert werden. Es ist fraglich, ob diese widersprüchliche, aber eben auch produktive Konstellation auch ohne Chávez Bestand haben wird.

Eine Erneuerung des Prozesses?

Die „bolivarische Revolution“ steht also tatsächlich an einer Wegscheide. Ein Zerfall des Chavismus ist denkbar, doch wie jede Krise birgt auch diese ihre Chancen. So mag die Fixierung auf Chávez in Venezuela zwar manches in Gang gesetzt haben: Der Präsident hat die subalterne Mehrheit immer wieder zur Selbstorganisierung ermuntert und dadurch verhindert, dass rein formale, institutionalisierte Demokratieformen die Überhand gewinnen. Doch andererseits hat die Überhöhung des „Comandante“ aber eben auch vieles blockiert. Es ist keine Kleinigkeit, dass in Venezuela auch nach 14 Jahre nach Beginn der „Revolution“ offen über alles diskutiert werden – in vielen Ländern, in denen in der Vergangenheit grundlegende Veränderungen auf der Tagesordnung standen, war das anders. Gleichzeitig aber gibt es in Venezuela eben auch kaum kritische Debatten in der Linken selbst. Wenn in der Vergangenheit Diskussionen in Gang kamen, dann meist nur, weil Chávez auf einen Text oder eine Kritik verwies.

Insofern stand sowieso – mit oder ohne Chávez – eine Erneuerung der „bolivarischen Revolution“ an. Ob der Chavismus die notwendige Kraft dafür besitzt, ist völlig offen. Von der Regierungspartei PSUV ist wenig zu erwarten. Ihre Strukturen sind zu stark von der Klientel-Logik des Erdölstaats geprägt, in dem die Staatsfunktionäre fast zwangsläufig symbiotische Beziehungen zu Bauunternehmen und Handelskonzernen ausbilden. Die sozialen Bewegungen wiederum sind zu schwach und unorganisiert, um dem Prozess ihren Stempel aufdrücken zu können.

Gedenken an den Caracazo genannten Massenaufstand, bei dem sich am 27./28. Februar 1989 verarmte Teile der Bevölkerung gegen die Regierung des sozialdemokratischen Präsidenten Carlos Andrés Pérez erhoben hatten. Die Folge war ein unorganisierter, heftiger Aufstand gegen die Härten der neoliberalen Politik der sogenannten Vierten Republik.

Doch andererseits darf man Venezuela auch nicht unterschätzen. In den vergangenen 25 Jahren hat die populare Mehrheit erst den Neoliberalismus, dann das traditionelle politische System zu Fall gebracht. Sie hat „ihren“ Präsidenten gegen Umsturzversuche verteidigt und sich doch eine Autonomie gegenüber dem Staat bewahrt. Und sie verfügt über ein Wissen, auf das man in anderen Teilen der Welt nur selten zurückgreifen kann: Sie weiß, dass Märkte keine ‚Wahrheit sprechen‘ und eine andere Verteilung des Reichtums möglich ist.

Für die venezolanische Linke mag die Situation also kompliziert sein. Doch auch für die Rechte birgt sie Gefahren. Sollte sie – allein oder in einem Bündnis mit den unternehmerfreundlichen Sektoren des Bolivarismus – an die Regierung zurückkehren, wird sie sich einem breiten gesellschaftlichen Widerstand gegenübersehen. Denn es ist kaum davon auszugehen, dass sich die Bevölkerungsmehrheit die Errungenschaften des vergangenen Jahrzehnts widerstandslos wieder abnehmen lassen wird. Allzu repressiv kann die neoliberale Rechte, wenn sie keinen Bürgerkrieg riskieren will, nicht vorgehen. Vor diesem Hintergrund ist durchaus vorstellbar, dass die Wirtschaftsverbände und nicht zuletzt auch Washington eher auf einen schleichenden Zerfall des chavistischen Projekts als auf einen schnellen Regierungswechsel hinarbeiten werden.

Doch möglicherweise wird dieser Zerfall ausbleiben. Aktuelle Umfragen deuten darauf hin, dass auch Nicolás Maduro die bürgerliche Rechte bei Präsidentschaftswahlen, die nun anberaumt werden müssen, schlagen kann. Und die Tatsache, dass die seit vielen Jahren aufgeschobene und vom Chavismus wegen ihrer Inflationsdynamik gefürchtete Währungsabwertung Anfang Februar, d.h. bereits unter Füh-

rung von Nicolás Maduro, ohne größere Probleme umgesetzt wurde, verweist ebenfalls auf eine bemerkenswerte Stabilität. Der Chavismus als lateinamerikanisch-soziales Reformprojekt besitzt also durchaus das Potenzial, auch ohne seinen Gründer zu bestehen.

Regionale Perspektiven

Klarer als das innenpolitische Panorama ist hingegen das regionale Szenario. Für Lateinamerika bedeutet der Abtritt von Chávez einen herben Verlust – und das obwohl der Antiimperialismus Venezuelas, so z.B. die demonstrative Freundschaft mit den Regierungen Irans oder Weißrusslands, oft nur als krude zu bezeichnen war. Doch trotz dieser haarsträubenden Schulterschlüsse mit anti-amerikanischen Rechtsregierungen in der ganzen Welt hat die chavistische Außenpolitik in Lateinamerika eben auch viel bewirkt. Die Distanzierung von Washington und der geschickte Einsatz des Erdöls als bündnispolitisches Mittel haben dazu beigetragen, dass die wirtschafts-, sozial- und fiskalpolitischen Spielräume auf dem Subkontinent heute sehr viel größer sind als noch vor 20 Jahren. Viele Länder haben ihre Rohstoffvorkommen teilweise re-nationalisiert. Durch den Aufkauf von Staatsschulden (nicht zuletzt durch Venezuela) wurde der Internationale Währungsfonds weitgehend entmachtet, und mit der Renaissance des (zumindest teilweise) gegen Märkte und internationale Finanzeinrichtungen intervenierenden Staates hat auch die Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik wieder an Bedeutung gewonnen. Lateinamerika verfügt mit UNASUR heute über eine eigene, nicht von Washington kontrollierte Staatengemeinschaft, hat seine wirtschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen diversifiziert, und Brasilien als wichtigster Akteur in der Region positioniert sich zunehmend als Bollwerk gegen die Interventionsversuche der USA auf dem Subkontinent.

Natürlich ist vieles an dieser neuen Eigenständigkeit Lateinamerikas widersprüchlich: Die Schulden beim IWF wurden durch Milliardenkredite in China ersetzt. Der Rückzug europäischer Konzerne aus linksregierten Staaten wie Bolivien ist mit dem Vormarsch brasilianischen Kapitals einhergegangen. Dass die von Chávez initiierte internationale Banco del Sur sechs Jahre nach ihrem Gründungsbeschluss immer noch nicht arbeitet, hat nicht zuletzt mit den Interessen der Brasilianer zu tun. Die verfügen nämlich über eine eigene staatliche Entwicklungsbank, deren Existenz den einheimischen Baukonzernen den Zugang zu Großprojekten sichert.

Doch wer daraus folgert, dass in Lateinamerika nur eine für die Bevölkerung unbedeutende Verlagerung der Dominanz stattfindet – weg von den USA hin zu Brasilien oder China –, verkennt wichtige Details. Die Unterordnung Lateinamerikas unter die USA und Westeuropa wurde auf verschiedene Weise gewährleistet: Militärinterventionen spielten dabei ebenso eine Rolle wie die internationale Finanzarchitektur und die unangetastete politische Vormachtstellung Washingtons. Heute bewegt sich der Subkontinent zwischen verschiedenen Machtpolen – was die Bewegungsspielräume für eine nationalstaatliche und bisweilen auch demokratische Politik deutlich erweitert.

Wird diese Verschiebung ohne Chávez weitergehen? Zumindest der sozialpolitische und gesellschaftliche Aspekt wird mit Sicherheit in den Hintergrund geraten. Chávez war im vergangenen Jahrzehnt der wichtigste Garant dafür, dass die lateinamerikanische Integration nicht ausschließlich wirtschafts- und geopolitisch interpretiert wurde. Es war seiner Haltung zu verdanken, dass Venezuela nicht nur Kooperationsabkommen mit der brasilianischen Regierung oder dem Ölkonzern PETROBRAS, sondern auch mit der brasilianischen Landlosenbewegung MST unterzeichnete. Ob sein Nachfolger, der deutlich weniger politisches Gewicht mitbringen wird, an einer derartigen Position interessiert ist und im Stande sein wird, sie durchzusetzen, ist stark zu bezweifeln.

Aktivist_innen der FNCEZ (Nationale Bauernfront Ezequiel Zamora) bei einer Demonstration im November 2011 in Caracas

FIGHT RACISM now!

20 Jahre nach der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl
20 Jahre nach dem Mordanschlag von Solingen

BUNDESWEITE DEMONSTRATION 25.MAI - BERLIN

INFOS UNTER: WWW.FIGHTRACISMNOW.NET

9-12 Mai 2013 | münchen
eine welt haus | schwanthalerstr. 80
antimilitarismus
antirassismus
ressourcenkämpfe
BUKO 35
internationalistischer kongress
¡deserta!
verweigern, widersetzen, revoltieren

CRUSH HOUR CONCERTS
FEMREF
autonomes feministisches referat
www.femref.uni-oldenburg.de
Homophilias.de
CSD
OPENING
JOYFUL NOISE
LIVE MUSIC
HOST DJ'S
ABSTRACT RANDOM
HOMOPHILIAS DJ TEAM
ELECTRONIC DUB
DANCE HIP HOP
INFUSED WITH FEMINIST POLITICS
+ALEX+ +STEFAN+ +TIMO+
CROWNS
ELECTRO-ACOUSTIC POP SOUL EXPLOSION
1. JUNI
22 UHR
STRASSE 65 OLDENBURG EINLASS 21:30 UHR
ALHAMBRA

ALL GENDER*

ANTIFA INFOVERANSTALTUNG:

MONTAG 13.5
20:30 UHR

ALHAMBRA
ANTIFA-CAFE

MAI

DO.	02.5.	21:00	FAT HOSCHI CONCERTS: CURSE THIS OCEAN, SEVERE, MONOZID
FR.	03.5.	21:00	FAT HOSCHI CONCERTS: ACHILLES, VICTIMS OF CLASSWAR, DROWN IN CONCRETE
SA.	04.5.	22:00	LESBISCHWULE MOTTOPARTY
FR.	07.5.	19:00	MOBILISIERUNGS- UND INFOVERANSTALTUNG ZU DEN ANTI-IMK PROTESTEN IN HANNOVER
MI.	08.5.	19:30	VA: ANTIZIGANISMUS MAL ANDERS
		22:00	ANTIFA-SOLI-PARTY
SA.	11.5.	22:00	MASH UP DI PLACE
MO.	13.5	20:30	ANTIFA INFOVERANSTALTUNG ZUM NAZIAUFMARSCH IN WOLFSBURG AM 1. JUNI
MI.	15.5.	21:00	CRUSH HOUR CONCERTS: LLAMAME LA MUERTE + BESOIN DEAD
FR.	17.5.	20:00	PROGRAMM ZUM INTERNATIONALEN TAG GEGEN TRANS- UND HOMOPHOBIE
SA.	18.5.	22:00	MÄNNERFABRIK
DO.	23.5.	19:00	BLOCKUPY-INFO-VERANSTALTUNG
SA.	25.5.	23:00	ROSA DISCO
FR.	31.5.	22:00	FAT HOSCHI FILMNACHT II

JUNI

SA.	01.6.	22:00	HOMOPHILIAS
FR.	07.6.	22:00	FACHSCHAFTS-PARTY SONDERPÄDAGOGIK
SA.	08.6.	22:00	MASH UP DI PLACE
FR.	14.6.	22:00	KONZERT: STROM UND WASSER FEAT. REFUGEE, DANACH PARTY: RASSISTISCHE GUTSCHEINSYSTEM IST ABGESCHAFFT!
SA.	15.6.	22:00	MÄNNERFABRIK
FR.	21.6.	22:00	SOLI-PARTY
FR.	28.6.	22:00	FAT HOSCHI KONZERT
SA.	29.6.	23:00	ROSA DISCO

WÖCHENTLICH

MO.	20:30	ANTIFA-CAFE
MI.	20:00	THEATERGRUPPE
DO.	18:00	ACTION SAMBA BAND, ROR
DO.	20:00	VOKÜ, DANACH KNEIPE
DO.	21:00	OLDENBURGER RECHTSHILFE

MONATLICH

1.MI.	20:00	FRAUENLESBENTRANS*-KNEIPE
3.MI.	21:00	PUNKKNEIPE
2.FR.	20:30	NUTZER_INNENPLENUM

INFOLADEN ROTER STRUMPF

MO.	17 - 19 UHR	DI.	16 - 19 UHR
DO.	18 - 21 UH	FR.	16 - 19 UHR